

**Zeitschrift:** Berner Schulblatt  
**Herausgeber:** Bernischer Lehrerverein  
**Band:** 109 (1976)  
**Heft:** 26

## Heft

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## † Paul Hofer, 1912-1976

Paul Hofer starb am 20. Februar an den Spätfolgen eines Herzinfarktes. Am 25. Februar nahmen Verwandte, Freunde und Bekannte im Krematorium Thun von ihm Abschied.



Er wurde am 28. Oktober 1912 in Münchenbuchsee geboren, wo er mit seiner jüngern Schwester aufwuchs. Hier besuchte er die Primar- und die Sekundarschule, und 1928 trat er in die 93. Promotion des Staatsseminars Hofwil-Bern ein.

Nach der Patentierung 1932 zum Primarlehrer fand er eine vorübergehende Anstellung in der Sprachheilschule Münchenbuchsee. Hierauf folgte die militärische Ausbildung, die er mit dem Grade des Fouriers abschloss. Da er wegen des herrschenden Lehrerüberflusses keine feste Anstellung erhielt, suchte und fand er Arbeit im Buchhandel und in zwei Ingenieurbüros, wo seine zeichnerische Begabung besonders geschätzt und anerkannt wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg, in dem er über 1000 Aktivdiensttage leistete, zog es ihn wieder in die Schulstube zurück. 1954 wurde er an die 4. und 5. Primarklasse in Riggisberg gewählt, wo er mit seinen oft über 40 Schülern eine glückliche Zeit verbrachte.

Im gleichen Jahr verheiratete er sich mit Katharina Wittwer. Dem Ehepaar wurden zwei Kinder, ein Sohn und eine Tochter, geschenkt. 1960 wählte ihn die Gemeindeversammlung von Münchenbuchsee an die 5. und 6. Primarklasse, die er 15 Jahre lang unterrichtete. 1973 erlitt er einen Herzinfarkt. Ein Jahr später stand er wieder für einige Wochen in der Schulstube. Im Frühjahr 1975 musste er die Arbeit vollständig niederlegen. Nach einer Kur in Gais anfangs Sommer erfreute er sich wieder einer recht guten Gesundheit. Nachdem

die Familie im Spätherbst nach Hünibach bei Thun umgezogen war, verschlechterte sich sein Gesundheitszustand von neuem, und am 20. Februar 1976 entschlief er im Lindenhofspital in Bern.

Neben seiner Schularbeit übernahm er in seinen Wirkungsorten die Leitung verschiedener Gemeindeämter. Seine von Jugend an ausgeprägte Begabung für Zeichnen, Malen und künstlerisches Gestalten stellte er auch in den Dienst der Ortsvereine, denen er unermüdlich mit Rat und Tat in ihren kulturellen Veranstaltungen beistand. Bis in die letzten Wochen seines Lebens gab er in besonderen Kursen für Erwachsene sein Können weiter. Früh verschrieb er sich dem schweizerischen Trachtenwesen. Jahrzehntlang war er der Tanz- und Singleiter, der Bühnenbildner und der Regisseur der Trachtengruppen Riggisberg und Schönbühl-Urtenen.

All jene, die Paul Hofer nahe standen, werden ihn in guter Erinnerung behalten.

ez

## Inhalt – Sommaire

† Paul Hofer, 1912-1976 .....	289
Kindergärtnerinnenverein des Kantons Bern .....	290
Hauptversammlung des Gewerbelehrervereins des Kantons Bern .....	291
Didaktik der Muttersprache .....	292
Unterrichtsbezogene Arbeit mit Englischlehrmitteln ..	292
Zusammenarbeit im Lehrerkollegium .....	292
Sektion Seftigen .....	293
Leibeserziehung in der Sekundarlehrerausbildung an der Universität Bern .....	293
Speziallehrmittel Schwimmen .....	293
Vereinsanzeige .....	294
Admissions dans les écoles normales .....	294
Lettre du premier inspecteur des écoles du Jura aux membres du corps enseignant .....	295
Centre de perfectionnement du corps enseignant ....	296
Informations J + S: Cours d'alpinisme à la Furka ...	296
Lehrerbildung im Kanton Bern .....	297
Formation des enseignants dans le canton de Berne ..	297

# Kindergärtnerinnenverein des Kantons Bern

## Bericht über die Hauptversammlung

Die Präsidentin *Susi Meier* wies die Anwesenden auf die Namensänderung des Vereins hin. Aus Kindergartenverein wurde nun eben Kindergärtnerinnenverein. Der Grund der Namensänderung ist darin zu suchen, dass sich der Verein in den letzten Jahren vermehrt mit Standes- und Berufsfragen auseinanderzusetzen hatte, aber auch nicht zuletzt um Missverständnisse in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Mit dem Kindergärtnerinnenverein ist in Zukunft der Berufsverband gemeint und nicht die Elternvereine oder Kindergartenkommissionen.

Von den 93 neu in den Verein aufgenommenen patentierten Kindergärtnerinnen haben 43 eine Stelle gefunden (davon 10 Stellvertretungen). Diese Bilanz nötigte den Verein, sich für mobile Kindergärten (Beispiel Gümli) und Neugründungen sowie weitere Anstellungsformen (Beispiel Spielplätze) einzusetzen und sich gegen Schliessungen von Kindergärten zu wehren. Alle beteiligten Instanzen müssen in Zukunft bestrebt sein, das Angebot und die Nachfrage von Kindergärtnerinnen ins Gleichgewicht zu bringen. Als kleine Alternative für die stellenlosen Kolleginnen organisierte der Verein einen Kurs für Instrumentenbau und einen SAJM-Blockflötenkurs. In Härtefällen kann der Verein aus dem Fond für Weiterbildung Beiträge an Kurs- oder Reisekosten leisten.

Die Entstehung eines Kindergartengesetzes für den Kanton Bern ist im Gange. Der Verein wurde zur Mitarbeit eingeladen. Das Gesetz bezweckt, die Aufgabe des Kindergartens zu verankern. (In den Kantonen St. Gallen und Neuenburg bestehen bereits solche Gesetze.)

Weiter konnte der Verein Stellung nehmen zum Projekt zur Erstellung einer Ausbildungsstätte für Sonderpädagogen im Kanton Bern. Das Anliegen des Vereins besteht darin, dass auch Kindergärtnerinnen in die Ausbildungsmöglichkeiten integriert werden.

Eine Umfrage betreffend Logopädinnen ergab, dass es auf dem Land noch immer an Logopädinnen auf der Kindergartenstufe fehlt und diese Lücke noch zu schliessen ist. Um den Eltern fremdsprachiger Kinder die Aufgabe des Kindergartens näher zu bringen, bemühte sich eine Gruppe in Zusammenarbeit mit der Kontaktstelle für Ausländer, ein Orientierungsblatt in italienischer und spanischer Sprache herauszugeben.

Die durch Rezession und Geburtenrückgang bedingte Unterbesetzung von Kindergartenklassen besonders auf Stadtgebiet bewegt die Behörden kaum, Neueröffnungen in Erwägung zu ziehen. Deshalb müsste man vermehrt versuchen, die Klassen mit jüngeren Kindern (4- bis 5jährig) aufzufüllen. Dies erfordert einerseits Geschick der Kindergärtnerin und zwingt sie andererseits zu einem Neuüberdenken ihrer persönlichen Kindergartenführung. Die Vorteile für das Kind, besonders in bezug auf das soziale Verhalten in einer altersgemischten Gruppe, sind bewiesen. Bestrebungen für einen 2jährigen Kindergartenbesuch sind bereits seit einiger Zeit im Gange, konnten aber durch den akuten Kindergärtnerinnenmangel der letzten Jahre nicht erfüllt werden. Die ver-

schiedenen Regionalgruppen werden deshalb aufgefordert, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. An einer Arbeitstagung im Herbst 1976 werden diesbezüglich gemachte Erfahrungen ausgetauscht und ausgewertet.

Die Fortbildungsangebote wurden in allen Regionen erweitert. Zudem wurde eine Projektgruppe gegründet, die die Fortbildung noch zielgerichteter und umfassender gestalten wird.

Die Vereinsstatuten wurden erneuert und von der Hauptversammlung definitiv angenommen. Jedem Mitglied wird ein Informationsheft zugestellt, das alle Reglemente und sonstigen Weisungen, die für eine Kindergärtnerin wesentlich sind, beinhaltet.

Die Kindergartenkommissionen wurden im Laufe des Jahres mehrmals durch einen Informationsbrief über wesentliche Anliegen des Vereins, wie z. B. Neueröffnungen von Kindergärten, Inventarlisten usw. orientiert.

Mutationen: 6 Kolleginnen wurden besonders gewürdigt, treten sie doch in den wohlverdienten Ruhestand. Fräulein S. Römer wurde zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Der Verein umfasste Ende 1975 473 ordentliche und 282 ausserordentliche Mitglieder.

Die Präsidentin dankte dem auf den 1. Oktober 1976 zurücktretenden Zentralsekretär des Kant. Lehrervereins, Herrn M. Rychner, für seine während all der Jahre wertvolle Unterstützung des Kindergärtnerinnenvereins in sämtlichen Berufsanliegen.

Als Einführung zum zweiten Teil zeigte *Hr. H. M. Stäbli*, Musiklehrer, mit einer Gruppe junger Kindergärtnerinnen anhand des Themas «Gespensterstunde», wie Sprache, Musik und Bewegung eine Einheit bilden können (C. Orff). *Hr. Dr. P. Glatthard*, Universität Bern, sprach hierauf über das Thema «Vom Wesen der Sprache». Dem Philologen obliegt es u. a., zur Urform eines Wortes zurück zu dringen. Der Referent gab dafür einige Beispiele. So bedeuteten zu vorchristlichen Zeiten das Zeichen Zahn «der Essende», eine Hand «greifen, fassen» usw.

Die Schriftsprache hatte ihren Ursprung in Ostdeutschland, als Martin Luther den lateinischen Bibeltext in die deutsche Sprache übersetzte. Sie breitete sich allmählich nach Süden aus. Den damaligen Schweizern waren viele Ausdrücke so fremd, dass Albrecht Haller meinte: «Ich bin ein Schweizer, die deutsche Sprache ist mir fremd...» Durch die aufkommenden Handels- und Verkehrsströme wurden Worte und Ausdrücke vom Ursprungsgebiet in weitere Gegenden gebracht und viele davon in die Mundart aufgenommen. Der Referent betonte, dass die Muttersprache prägend sei für den Menschen. Denn in ihr denke und spreche er ein Leben lang. Nicht wir beherrschen die Sprache, sondern die Sprache beherrscht uns. Die sprachliche Verständigung bedinge einen Partner, und sie könne als Stifterin einer Gemeinschaft betrachtet werden. Deshalb müsse Sprache gelebt werden. Der Erzieher hat die schöne Aufgabe, das Kind der Sprache hinzuführen und in ihm die Liebe zur Sprache zu wecken.

Die nach 5jähriger Amtszeit zurücktretende Präsidentin dankte dem Referenten für seine interessanten Ausführungen. An ihre Stelle tritt *Frau E. Milt*, Münsingen.

B. Marti

## Hauptversammlung des Gewerbelehrervereins des Kantons Bern

*Die bernischen Gewerbelehrer lassen sich über die staatliche Wirtschaftslenkung in der Rezession orientieren*

Aus berufenem Munde liess sich der Gewerbelehrerverein des Kantons Bern anlässlich seiner Hauptversammlung in Bern über das Problem der staatlichen Wirtschaftslenkung in der Rezession orientieren. *Matthias Tromp*, erster Direktionssekretär der bernischen Volkswirtschaftsdirektion, verstand es, zu den grossen Problemen, die sich dem Staat stellen, klar Stellung zu nehmen.

Ende 1974 wurde auch unser Land von der weltweiten Rezession erfasst. Im abgelaufenen Jahr sank das Brutto-sozialprodukt real um 7%. Die Ausgangslage war aber völlig anders als in den Dreissigerjahren, so dass der Staat nicht einfach zu fertigen Projekten Zuflucht nehmen konnte. Die allgemeine Schwarzmalerei verbesserte die Situation auch nicht, sondern hatte zur Folge, dass noch weniger investiert wurde. Die allgemeine Sparneigung des Volkes bewirkte unterdessen eine Senkung des Zinsniveaus, was positiv zu werten ist. Allmählich hat sich auch die Preisfront beruhigt, so dass zur Zeit die Schweiz weltweit das Land mit der kleinsten Teuerungsrate ist. Trotz unseres hohen Frankenkurses wird uns gerade diese Tatsache helfen, unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland zu verbessern. Heute dürfen die Zukunftsaussichten wieder positiver beurteilt werden. Die Arbeitslosenzahlen sind rückläufig, und die Kurzarbeit geht vielerorts zurück. Ob der sich abzeichnende Aufschwung von Dauer sein wird oder nur saisonal bedingt, hängt weitgehend von der Entwicklung im kommenden Herbst und Winter ab. Vorläufig kann von einem «Silberstreifen» am Horizont gesprochen werden. Der Staat hat der Entwicklung nicht tatenlos zugesehen. Es ist seine Aufgabe, sich antizyklisch zu verhalten. Dies war ihm allerdings in den Boomjahren nicht voll möglich, weil ihm immer mehr Aufgaben übertragen worden waren. Um ein Gegensteuer zu geben, muss sich der Staat heute verschulden. Aber auch dies hat seine Grenzen. Auch wenn der Kapitalmarkt heute in guter Verfassung ist, kann nicht unbeschränkt Geld aufgenommen werden, um nicht wiederum unerwünschte Rückwirkung auf die Zinsen zu verursachen. Die Investitionspolitik, die der Staat betreibt, muss gut abgewogen sein. Die geschaffene Beschäftigung muss nicht nur sinnvoll, sie sollte auch arbeitsintensiv sein. Sie muss sich nach der Planungskapazität und den vorhandenen Mitteln richten und darf auch nicht im Widerspruch zu den langfristigen Zielen stehen. Die starke Verbesserung der Exportrisikogarantie des Bundes dürfte der Exportindustrie zugute kommen. Es wäre aber falsch, wenn durch Bundesmassnahmen schlechte Strukturen künstlich am Leben erhalten würden. In einigen Wirtschaftszweigen geht es nicht ohne eine gewaltige Redimensionierung. Glücklicherweise ist der Kanton Bern nicht einseitig strukturiert.

Durch die verschiedenen Investitionsprogramme des Bundes konnten sehr grosse zusätzliche Investitionsvolumen ausgelöst werden. Von der völlig neuen Idee des Investitionsbonus des Bundes von 10% wollen erfreulicherweise recht viele bernische Gemeinden, die rasch gehandelt haben, profitieren.

Umschulungen haben nur einen Sinn, wenn in einem Wirtschaftszweig noch ein Mangel an Fachkräften besteht. Mit Umschulung allein wird kein einziger Arbeitsplatz neu geschaffen. Wo es aber sinnvoll erscheint, können Bund und Kantone die Umschulung namhaft unterstützen.

Der Staat versucht heute durch zahlreiche Einzelaktivitäten korrigierend einzuwirken. Er wird sich aber bei der Normalisierung der wirtschaftlichen Lage sobald als möglich wieder zurückziehen haben und einzig dafür besorgt sein, ein gutes Klima zu schaffen, um dem Unternehmer, der nach wie vor die Kronfigur in der freien Wirtschaft ist, keine Hindernisse in den Weg zu legen, so dass er sich optimal entfalten kann.

Vorgängig dieses Referates erledigte der Gewerbelehrerverein des Kantons Bern unter dem Vorsitz von Präsident *Walter Schläppi*, Gwatt, speditiv seine Jahresgeschäfte. Die Hauptarbeit war im vergangenen Vereinsjahr beim Vorstand und wird auch künftig bei ihm liegen. Nicht missen möchte man aber auch den gesellschaftlichen Anlass, der jeweils im Herbst durchgeführt wird.

Der Vorstand hatte sich insbesondere mit folgenden Problemen zu befassen: Verwendung von Elektronenrechnern im Unterricht und an Lehrabschlussprüfungen; Tätigkeitsgebiete des Gewerbelehrervereins; Zusammenarbeit mit Lohnersatzkassen; Strukturreform des BLV; Leseheft «Die Heimat ruft»; Lehrgang «Technisches Zeichnen»; Berufsbildungsgesetz.

Walter Schläppi wurde als Präsident von der Versammlung für eine neue Amtsdauer bestätigt. Zum neuen Kassier wurde Hans Kunzmann, Lehrer an der Gewerbeschule Bern, gewählt, der Peter Burkhalter ablöst. Die restlichen Vorstandsmitglieder wurden für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt.

Die Herbstexkursion soll diesmal ins Oberland führen.

Obwohl 70% der Schulentlassenen in eine Berufslehre eintreten, ist unter den Schulen der Gewerbeschultyp zu wenig bekannt. Im Rahmen eines Kontaktseminars soll, wenn möglich in Zusammenarbeit mit dem Lehrerverein, versucht werden, diese Schule vorzustellen. Wichtige Diskussionsthemen innerhalb des Vereins dürften die Fragen der Prüfung im Fach Staats- und Wirtschaftskunde sein sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, die an der Berufsschule das Fach Turnen unterrichten. Auf berufskundlichem Gebiet könnte die Frage der programmierten Prüfungen zu einer Diskussion anregen.

Berufsschulinspektor Fritz Flückiger orientierte als Vertreter des kantonalen Amtes für Berufsbildung über die kommenden obligatorischen Lehrerkurse für das Fach Staats- und Wirtschaftskunde. Mit der Kreditbesprechung durch den Grossen Rat für den geplanten Gewerbeschulhausneubau in Langnau kann im Kanton Bern nun der Bau des letzten grösseren Berufsschulzentrums in Angriff genommen werden. Als Folge davon werden kleinere Gewerbeschulen im Emmental eingehen.

Die bevorstehende Anerkennung der einjährigen Haushaltlehre als Beruf der Haushaltsassistentin, vermutlich auf das Jahr 1977, wird den bernischen Berufsschulen zusätzlich 230 bis 280 Schülerinnen jährlich bringen.

*K. Dreier*



Die Zentralstelle für Lehrerfortbildung des Kantons Bern beabsichtigt, eine Kadergruppe zu bilden, die aus Lehrern aller Stufen bestehen soll und in Zusammenarbeit mit Sprach- und Erziehungswissenschaftlern ein Fortbildungskonzept für den Bereich *Deutschunterricht an Primar- und Sekundarschulen* erarbeiten soll.

Lehrerinnen und Lehrer der Primarschule (Unter-, Mittel-, Oberstufe), der Weiterbildungsklassen und der Sekundarschulen, die sich für eine Mitarbeit in der Kadergruppe interessieren, können sich bei der Zentralstelle für Lehrerfortbildung unverbindlich melden.

Als erste Gelegenheit für Interessenten bietet sich die Teilnahme an einem Kurs vom 5. bis 10. Juli 1976 in Basel an, der unter der Leitung von Prof. Dr. R. Messner, Kassel, steht, mit dem Titel *Brennpunkte der Praxis des Sprachunterrichts an der Primar- und Sekundarstufe*.

Die Zentralstelle für Lehrerfortbildung, Sahlistrasse 44, 3012 Bern, Telefon 031 24 43 03 erteilt gerne weitere Auskunft und nimmt Anmeldungen bis am 30. Juni 1976 entgegen.

### Unterrichtsbezogene Arbeit mit Englischlehrmitteln

Etwa ein Dutzend Englischlehrer der Sekundarstufe nahmen an diesem vom Kurssekretariat des BLV organisierten Kurs teil, der an sechs Dienstagmittagen unter der Leitung von P. J. Hawker in Bern stattfand.

Ausgangspunkt der Arbeit bildete das neue Englischbuch von F. L. Sack: «The Road to English». Wir lernten alle zu diesem Lehrbuch verfügbaren Hilfsmittel (Bänder, Folien) kennen und erprobten ihren Einsatz an praktischen Beispielen. Besonderes Gewicht wurde auf zusätzliche Hilfsmittel (Bänder, Bücher) gelegt. Es galt, aus der angebotenen Riesenfülle das Nützliche auszuwählen, in erster Linie das, was dem mündlichen Unterricht dient. Es wurde uns dabei klar, wie wichtig es ist, den Schülern genaues Zuhören beizubringen. Sonst sind die richtige Intonation und der richtige Rhythmus der englischen Sprache kaum erlernbar.

Wir pflegten einen intensiven und äusserst wertvollen Erfahrungsaustausch, aus dem eine Menge Anregungen resultierten. Die «workshop»-Atmosphäre liess keine graue Theorie aufkommen, sondern stellte stets die Praxis in den Mittelpunkt. Wir waren schliesslich alle überzeugt, dass Englisch Lernen sehr kurzweilig sein kann. Unsere Aufgabe ist es nun, dies auch unsere Schüler spüren zu lassen.

Natürlich lassen sich viele der erhaltenen Anregungen und Hinweise auch auf den Französisch- oder Italienischunterricht übertragen.

Hoffentlich interessieren sich möglichst viele weiteren Kollegen für einen solchen Kurs. Sie werden ihn wie wir als grosse Bereicherung empfinden. Wir sind unserem Kursleiter, P. J. Hawker, der uns mit seiner Begeisterung angesteckt hat, zu grossem Dank verpflichtet.

*Edith Nussbaum, Wangen a. A.*

## Zusammenarbeit im Lehrerkollegium

Unter dem Titel «Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationsfertigkeit im Lehrerkollegium» fand im Rahmen der Lehrerfortbildung Luzern in Wilerbad (OW) im März 1976 ein zweitägiger Kurs für das Lehrerkollegium der Schulgemeinde Willisau-Land statt. Am Kurs, der unter der Leitung eines Erziehungsberaters (Seminarlehrer) und eines Psychologen (Seminarleiter) stand, nahmen 20 Primar-, Oberschul-, Sekundar-, Hilfsschul-, Hauswirtschafts-, Handarbeits- und Religionslehrer und -lehrerinnen teil, wobei vom Junglehrer bis zum kurz vor der Pensionierung stehenden Lehrer alle Altersstufen vertreten waren. Der freiwillige Kurs war auf Wunsch des Lehrerkollegiums Willisau-Land zustande gekommen. Initiant war der Rektor des Kollegiums gewesen, der seinerseits durch eine in dieser Richtung laufende Fortbildung der luzernischen Mittelschullehrer angeregt worden war. Der grösste Teil des Kollegiums nahm am Kurs teil; einige konnten nicht kommen, zwei Lehrkräfte wollten nicht.

Am Kurs wurden vorerst Erwartungen und Befürchtungen abgeklärt. Zusammengefasst erwarteten die Teilnehmer vor allem, sich gegenseitig näherzukommen, grösseres Vertrauen zu schaffen und konkrete Hinweise zu erhalten, wie Kooperation und Kommunikation gefördert werden können. Befürchtet wurde, die Gespräche könnten allzu persönlich werden (auch Angst vor späteren Indiskretionen), umgekehrt, sie könnten allzu oberflächlich bleiben, und dass durch Reden über Probleme neue Probleme geschaffen werden könnten.

Die Sitzungen verliefen wechselweise im Plenum, Halbplenum und Untergruppen. In Gesprächen, Rollenspielen und Malen wurden Probleme aufgegriffen, die Einfühlung in den Standpunkt des andern gefördert, Kollegen zusammengeführt, die bisher wenig Kontakt miteinander hatten, das Selbst- und Fremdverständnis der eigenen Rolle im Kollegium und Rollenverteilungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert.

Die Willisauer Lehrer bilden ein sehr kollegiales Team mit viel Bereitschaft zur Zusammenarbeit (sonst wären sie nicht an diesen Kurs gekommen). Umso mehr überraschte es, wie wenig sich die Kollegen im Grunde kannten (was vorwiegend auf mangelnde Zeit für Gespräche zurückgeführt wurde), wieviel Unsicherheit bei einzelnen vorhanden war, ob sie in ihrer Art von den andern akzeptiert würden, und wie rasch (schon nach wenigen Sitzungen) von verschiedenen Teilnehmern der Kurs als Erlebnis beschrieben wurde, der etwas verändert habe. Die Möglichkeit, Empfindungen in bezug auf die eigene Rolle und die Rolle der anderen im Kollegium zu äussern (jeder in dem Masse, wie er es selber wollte und konnte, so dass nie das Gefühl aufkam, es werde allzu persönlich), wurde gerne benützt, und beide Halbgruppen beanspruchten hierfür mehr Zeit, als die Kursleiter vorgesehen hatten.

Die gesprächsweise Schlussauswertung zeigte, dass der Kurs (über dessen Gestaltung die meisten im voraus nur vage oder keine Vorstellung gehabt hatten) die Erwartungen erfüllt, zum Teil wesentlich übertroffen hatte. Eine Teilnehmerin beschrieb dies so, der Kurs sei für sie wie ein Geschenk gewesen, das derart verpackt gewesen sei, dass der Inhalt von aussen nicht zu bestimmen war und das beim Öffnen eine positive Überraschung gebracht habe.

Solche Kurse für geschlossene Lehrerkollegien dürften auch im Kanton Bern sinnvoll und nützlich sein, sofern die betreffenden Kollegien von sich aus die Bereitschaft dazu mitbringen und geeignete Leiter mitwirken. Der Anstoss hierzu müsste vermutlich von einzelnen Mitgliedern des Kollegiums (z. B. Oberlehrer, Schulleiter) ausgehen; die Zentralstelle für Lehrerfortbildung Bern wäre auf Wunsch gerne bereit, Leiter zu vermitteln.

Zentralstelle für Lehrerfortbildung Bern

## Sektion Seftigen

*Einführung in die Karte und Kartenarbeit im Pensum 5. Schuljahr*

Welche Karte wird eigentlich eingeführt? Was heisst: Karten lesen? Muss es gerade am Anfang der 5. Klasse sein? Soll bei Punkt Null begonnen werden? Welche Interessen der Kinder können miteinbezogen werden? Dies nur einige Beispiele von Fragen, die uns bei Kursbeginn beschäftigten. Der Leiter des Kurses, Herr Dr. H. Uelinger aus Belp, zeigte, dass Karteneinführung nicht einfach ein Kraftakt anfangs fünfter Klasse sein soll, mit Einpauken von Signaturen, Massstabrechnungen, Höhenkurven, sondern dauernde Arbeit erfordert.

Warum in der 5. Klasse nicht einmal mit der Sahara und den Eskimos beginnen? Dabei kann durch solche Kontrasträume unsere Umgebung bewusster gemacht werden. Zudem: Ist Glarus für die Kinder nicht gleich fremd wie Lappland?

Als Geograph konnte uns der Kursleiter noch sehr viele Anregungen für den Unterricht vermitteln, so z. B. über den Einsatz des Luftbildes, der Stereoskopie, der Dufourkarte, der Weltraumfotografie und anderer Hilfsmittel. Dabei wurde der Kurs nicht als Rezeptküche, sondern eher als Ideenbörse gestaltet.

Wir danken Herrn Uelinger für den mit grossem Aufwand gestalteten Kurs. E. O.

## Leibeserziehung in der Sekundarlehrerausbildung an der Universität Bern

Die Kommission für die Ausbildung von Sekundarlehrern wurde im letzten Jahr von der Erziehungsdirektion damit beauftragt, die Neustrukturierung der Sekundarlehrerausbildung an der Universität Bern an die Hand zu nehmen. Als Ergebnis liegt nun die neue Studienordnung 1976 vor, die über den Aufbau und den Rahmen des Studiums Auskunft gibt. Die inhaltliche Neugestaltung erfolgt in einer zweiten Phase. Es werden in allen Studienfächern Arbeitsgruppen aus Vertretern der Dozenten, des Bernischen Mittellehrervereins, der Fachschaften der Studenten und des Sekundarlehrerpatentes gebildet, die bis Ende Sommersemester 1976 ein Grobkonzept ausarbeiten, das im Verlaufe des Wintersemesters ergänzt und bereinigt werden soll.

Nach der neuen Studienordnung beträgt die Gesamtdauer des Sekundarlehrerstudiums nun 8 Semester. Es umfasst drei Studienfächer (ein 7-semesteriges und zwei 6-semesterige Fächer), 1 Wahlfach und die erziehungswissenschaftliche, die praktische und die fachdidaktische Ausbildung. Für das Fach Turnen und Sport bedeutet dies eine Aufwertung vom 4-semesterigen zum 6- oder 7-semesterigen Studienfach.

Neu ist auch, dass jedes Studienfach als 7- oder als 6-semesteriges Fach studiert werden kann, und dass die beiden ersten Semester der Eignungsabklärung dienen.

Es finden am Ende des zweiten Semesters Prüfungen statt, die über die Weiterführung des Studiums im 3. Semester entscheiden.

Als Studienfächer können gewählt werden:

phil.-hist.: D, F, It, E, Lat, Gs, Gg, Rel, Ze, Mus, Turnen und Sport

phil.-nat.: M, P, Ch, Bio, Gg, Gs, Rel, Ze, Mus, Turnen und Sport

Für die Studierenden der Richtung phil.-hist. sind Deutsch und ein weiteres Sprachfach (F, It, E, Lat) obligatorische Studienfächer, beim Studium der Richtung phil.-nat. ist das Fach Mathematik vorgeschrieben.

Es werden Wahlfächer angeboten (Studienbeginn im 4. Semester), die speziell auf das Erteilen des Unterrichts im betreffenden Fach auf der Sekundarschulstufe ausgerichtet sind. Das Studium im Wahlfach dauert in der Regel 4 Semester.

Während des ganzen Studiums wird für alle Studenten pro Semester der Besuch mindestens eines einstündigen, vom Institut für Leibeserziehung und Sport organisierten Kurses verlangt. Universität Bern, Sekundarlehrpatent

Der Einbau von Turnen und Sport als gleichberechtigtes Fach in die mehrfächerigen Lehrerdiplome der Mittelschulen entspricht dem Willen und der öffentlichen Entschliessung der kantonalen Erziehungsdirektoren, der schweiz. Gymnasialrektoren und Seminardirektoren sowie der Stellungnahme des Schweiz. Turnlehrervereins und des Mittelschulturnlehrervereins. Hoffentlich wird Turnen und Sport ebenfalls als Wahlfach im bernischen Sekundarlehrerpatent aufgenommen, damit den kleinen Landschulen sowie den vielen Ski- und Sportlagern gedient wird. Der Kanton Bern bildet etwa 20% aller Sekundarlehrer der Schweiz aus. Louis Burgener

## Speziallehrmittel Schwimmen

Soeben ist das erste Speziallehrmittel erschienen. Als Band 4 der Lehrmittel für Turnen und Sport enthält es eine Stoffsammlung für den Schwimmunterricht mit Schülern. In 19 Kapiteln werden methodische Hinweise gegeben. Von der Wassergewöhnung bis zum Kunstschwimmen sind abgestimmte Stufenziele angegeben. Diese Stufenziele gestatten eine klare Überprüfung des Unterrichtserfolges und helfen gleichzeitig, Fähigkeitsgruppen zu bilden. Alle Kapitel sind so aufgebaut, dass der Unterricht auch in einfachen Verhältnissen erteilt werden kann. Angefügte Lektions- und Organisationsbeispiele zeigen auf, wie mit grossen Klassen eine hohe Unterrichtsintensität erreicht werden kann. Eine Jahresplanung regt zu gezieltem Aufbau an, während vielfältige Spielformen für Abwechslung zu sorgen haben. Als Ergänzung zu den allgemeinen Lehrmitteln (Bände 1, 2 und

3) ist der Band «Schwimmen» für diejenigen Lehrkräfte gedacht, welche sich intensiver mit dem Schwimmen befassen. Das Werk kann zum Preis von 12 Franken beim staatlichen Lehrmittelverlag, Moserstrasse 2, 3000 Bern, bezogen werden.

Für das Turninspektorat: *Ernstpeter Huber*

## Vereinsanzeige

### *Freie pädagogische Vereinigung*

Samstag, 26. Juni 1976: Besuch der Gemäldeausstellung in Trubschachen. Führung durch Herrn Walter Berger. Besammlung um 15 Uhr vor dem alten Schulhaus.

---

## L'Ecole bernoise

---

### Admissions dans les écoles normales

Le concours d'admission aux diverses sections des Ecoles normales de Delémont et Porrentruy ont eu lieu dans le courant du mois de mai. Les inscriptions ont recueilli 41 candidatures aux études de l'enseignement primaire (Ecoles normales de Delémont et Porrentruy) et 50 candidatures jurassiennes et neuchâteloises aux études de l'enseignement infantin (Ecole normale de Delémont).

Sur proposition de la Commission des écoles normales présidée par M. Pierre Paupe, la Direction de l'instruction publique du canton de Berne vient de prendre la décision de n'admettre qu'un nombre limité de candidats(es) à l'enseignement primaire, voulant par cette mesure combattre les effets de difficultés d'emploi que les enseignants primaires connaissent actuellement. En revanche, l'emploi chez les maîtresses enfantines reste stable.

Rappelons en outre que les examens d'admission ont déjà eu lieu en février à l'Ecole normale de Bienne. Dans cette école également, le nombre d'admissions s'est restreint à 12, si bien que le nombre total de candidats(es) admis pour les trois écoles normales de langue française du canton se monte à 37.

Voici, par ordre alphabétique et par établissement, la liste des candidats(es) admis(es) à suivre les cours de l'école normale dès le 1<sup>er</sup> août 1976:

#### Ecole normale de Bienne

Besançon Françoise, Bienne  
Cornu Laurent, Bienne  
Dubi Brigitte, Mont-Soleil  
Gilomen Catherine, Bienne  
Guenat Marlène, Bienne  
Jost Nicole, Bienne  
Marti Christine, Prêles  
Messerli Marie-Pascale, Bienne  
Schaffner Danièle, Bienne  
Teissier Christine, Reconvilier  
Trösch Maya, La Heutte  
Vez Edwige, Bienne

#### Ecole normale de Delémont

##### *Candidates institutrices*

Baume Marie-Christine, Cornol  
Boillat Danielle, Muriaux

Chapuis Fabienne, Fontenais  
Chételat Josette, Delémont  
Danz Corinne, Porrentruy  
Fleury Maryse, Delémont  
Jecker Odile, Delémont  
Klötzli Antoinette, Delémont  
Kottelat Nicole, Mervelier  
Lœffel Isabelle, Malleray  
Rion Lucienne, Vicques  
Voisard Isabelle, Fontenais

##### *Candidates maîtresses enfantines*

Ammann Corinne, Neuchâtel  
Blättler Claudine, Le Locle  
Chapuis Cécile, Porrentruy  
Chavanne Véronique, Porrentruy  
Chopard Gabrielle, Nidau  
Droz Marlène, La Chaux-de-Fonds  
Gressly Danielle, Bienne  
Gyger Marie-Christine, La Chaux-de-Fonds  
Hänggi Jacqueline, Delémont  
Kyriakos Merula, Couvet  
Maillat Elisabeth, Porrentruy  
Nobs Marlyse, Develier  
Speich Rita, Neuchâtel  
Stalder Michelle, Moutier  
Trouillat Adrienne, Bienne  
Wyss Marianne, Prêles

#### Ecole normale de Porrentruy

##### *Candidats instituteurs*

Bassin Jacques, Saules  
Berdar Christophe, Moutier  
Berdar Patrick, Delémont  
Bourquard Vincent, Delémont  
Chételat Claude, Delémont  
Dessarzin Nicolas, Porrentruy  
Girardin Hubert, Courfaivre  
Meury Rémy, Delémont  
Probst Michel, Porrentruy  
Rérat Pierre-Alain, Fahy  
Steiner André, Delémont  
Steullet Jean-François, Roches  
Verona Romain, Lugnez

## Lettre du premier inspecteur des écoles du Jura aux membres du corps enseignant

«MM.,

»En acceptant les fonctions que j'exerce, je ne m'en suis dissimulé ni les charges, ni les difficultés. Pour surmonter ces obstacles, j'ai compté sur votre concours dévoué. Appelé à partager avec vous les joies et les peines d'une carrière où les devoirs abondent, j'y suis entré avec la résolution de me consacrer tout entier à ma nouvelle mission.

»Mon intention n'est pas de tracer ici le tableau complet de nos devoirs réciproques; je voudrais seulement fixer votre attention sur certains points qui, par leur importance, sont comme les jalons qui doivent marquer notre route.

### *Aimer sa profession*

»Quelle que soit la vocation que l'on ait embrassée, la principale condition du succès réside dans l'amour de son état. Si nous n'aimons pas notre profession, si nous ne l'exerçons pas avec prédilection, elle devient un métier et nous-mêmes nous ne sommes plus que des mercenaires.

»Le sentiment du devoir doit en outre constamment guider l'instituteur, être le mobile de toutes ses actions. Pour être à la hauteur de sa mission, il faut qu'il s'y dévoue. Le zèle, mais un zèle éclairé, doit constamment l'animer. Qu'il soit toujours pénétré de la gravité, je dirais presque de la sainteté de ses devoirs; que ses sentiments, ses paroles, ses actes en soient la fidèle expression.

»L'exemple doit être un des principaux moyens éducatifs de l'instituteur; qu'il soit pour ses élèves un modèle de sagesse, d'ordre, d'activité; que l'amour de la vérité, de la justice, du travail qu'il doit faire pénétrer dans l'âme de ses élèves brille constamment dans sa conduite.

### *Eduquer et instruire*

»Pénétrez-vous bien de cette vérité que l'instruction ne constitue que la moitié de votre tâche, que l'autre, la plus importante, est l'éducation... Que sont les lumières sans la vertu? N'oubliez jamais que l'esprit se forme plus vite que le caractère, surtout dans un pays comme le nôtre où les impressions sont si mobiles et si fugitives.

»A une grande patience unissez une modération non moins grande... Souvenez-vous qu'il est aussi dangereux de vouloir niveler les caractères que de vouloir niveler les intelligences... Soyez dans votre école comme un père éclairé, à la fois plein de sollicitude et de tendresse, qui sait allier la bonté à la fermeté, qui n'oublie pas que les écarts qu'il doit réprimer ne sont presque jamais le résultat de la préméditation ou de la malice raisonnée.

»Ce n'est pas à dire que je veuille conseiller la persuasion morale comme l'unique moyen d'obtenir l'obéissance et la soumission. L'autorité n'a pas été déposée en vos mains pour y demeurer oisive; usez-en, mais avec modération et mesure, de manière à obtenir un ascendant habituel et général sur l'esprit de la jeunesse qui vous est confiée.»

»Il me reste à toucher un dernier point, celui de vos rapports avec vous-mêmes. L'isolement, l'ennui peuvent exercer sur vous leur influence, le découragement peut vous atteindre. C'est contre ces trois ennemis que je voudrais vous armer. Créez-vous des ressources contre leurs attaques, en acquérant le goût de l'étude. Dans les

traverses inséparables de votre état, réfugiez-vous au sein des occupations intellectuelles. Retrempez votre courage et vos forces dans la lecture des bons livres. Travaillez, en méditant la vie des modèles qui vous ont précédés dans la carrière, à acquérir cette égalité d'âme qui ne se laisse pas ébranler par les orages de la vie...

### *Les conditions du succès*

»Si vos convictions religieuses et morales sont profondes, si votre vie privée est irréprochable, si vos rapports sont marqués au coin de la bienveillance, des égards, des prévenances; si vous demeurez étrangers aux partis, n'en connaissant qu'un: celui du bien, du bon et du vrai; si surtout, la modestie avec laquelle vous les rendez vient donner un nouveau prix à vos services, je puis prédire le succès dans votre carrière publique, le contentement et la satisfaction dans votre vie intérieure.

»Tels sont les conseils que me dicte mon intérêt pour vous et pour vos élèves, au moment où j'ouvre mes rapports officiels avec vous. Et maintenant mettons-nous à l'œuvre avec courage et puisse le Tout-Puissant bénir et faire fructifier nos efforts.»

*Cette lettre a très exactement 119 ans. Elle a été adressée aux membres du corps enseignant par le premier inspecteur scolaire du Jura: Xavier Péquignot.*

*Il nous a paru intéressant de la publier au moment de la nomination du premier inspecteur des écoles primaires du futur canton du Jura. Nous laisserons aux lecteurs de ce journal le soin de juger dans quelle mesure cette circulaire du 6 mai 1857 conserve son... actualité pédagogique. — P. H.*

### *Une grande figure de l'histoire jurassienne*

Xavier Péquignot naquit au Noirmont le 3 floréal de l'an XIII de la République française une et indivisible, soit le 23 avril 1805. Après ses études au collège de Porrentruy, il suivit les cours de plusieurs universités allemandes et devient précepteur en Pologne. La révolution de 1830 le ramena au pays. Doué d'une bonne culture classique et juridique, Xavier Péquignot se lança dans le journalisme en qualité de rédacteur de l'«*Helvétien*».

Lieutenant-colonel de l'état-major général, il avait rencontré à l'école militaire de Thoune Louis-Napoléon Bonaparte, avait qui il se lia d'amitié. En 1839, le cercle des Franches-Montagnes l'envoya siéger au Grand Conseil qui, la même année, l'élut membre de la Cour d'appel. En 1846, il est élu landamann du canton de Berne, c'est-à-dire premier magistrat de la République. Membre de la Constituante, il défendit ardemment les droits du Jura, s'adonna aux études littéraires, prononça des discours qui révélèrent un grand talent d'orateur.

En 1848, le Département de l'éducation l'appela à la tête de l'Ecole normale des instituteurs du Jura, poste qu'il quitta en 1854 pour créer l'Ecole industrielle du Locle. Il revint au pays en 1857 avec la charge d'inspecteur général des écoles primaires et secondaires du Jura. «Le labeur pénible et acharné auquel s'astreignait Xavier Péquignot avait miné sa santé, très délicate. Il se retira comme professeur d'histoire et de littérature à l'Ecole cantonale de Porrentruy et mourut en tournée d'inspection — il était resté inspecteur des écoles secondaires — à l'âge de 59 ans, un mois après Xavier Stockmar. Il repose au cimetière Saint-Germain. (Sources: Actes de la Société jurassienne d'émulation, 1946, pp. 37-110.)

(Les sous-titres sont de la rédaction.)

## Centre de perfectionnement du corps enseignant

### Cours et manifestations du mois de juillet 1976

- 5.25.1 *Sprang (tressage de fils, ficelles)* (ACBMOSJ): M<sup>me</sup> Christine Olgati, les 3, 5, 6 et 7 juillet à Delémont.
- 6.4.2 *Poterie*: M<sup>me</sup> H. Blandenier, les 5 et 6 juillet à Moutier.
- 6.8 *Flore et végétation des Alpes*: M. Eric Grossenbacher, du 12 au 16 juillet.
- 6.9.1 *L'histoire de la langue française (Aspects)*: M. E. Schulé, du 5 au 6 juillet à Saignelégier.
- 6.9.2 *Pose de la voie, diction, interprétation* (COPMS): M<sup>me</sup> I. Eicher-Jores, les 5, 6 et 7 juillet à Moutier.
- 6.11.1 *Autogestion pédagogique*: M. Michel Girardin, du 5 au 9 juillet à l'École normale de Delémont.
- 6.11.2 *L'évaluation, pourquoi et comment? (Docimologie)*: M. J. Cardinet, du 5 au 9 juillet.
- 6.11.4 *Problèmes pratiques concernant l'inadaptation et la délinquance des mineurs*: M<sup>e</sup> M. Girardin, du 5 au 9 juillet à Moutier.
- 6.11.5 *La psychanalyse au service de la pédagogie*: M. Ch. Baroni, du 5 au 9 juillet à Saignelégier.
- 6.13.2 *Batik*: M<sup>me</sup> H. Sanglard, du 5 au 9 juillet.

Le directeur: W. Jeanneret

## Informations J+S:

### Cours d'alpinisme à la Furka

Au seuil de l'été et des vacances, l'Office jurassien J + S propose aux jeunes filles et aux jeunes gens du Jura de s'inscrire à des cours de branches spéciales telles que la natation et l'alpinisme.

Si les deux cours de natation organisés dans le site idyllique de la piscine de Carona, au Tessin, du 5 au 10 et du 12 au 17 juillet prochain paraissent intéresser bon nombre de participants (une centaine d'inscriptions dans les délais), les cours d'alpinisme ne connaissent pas encore le même succès. Et pourtant, la pratique de l'alpinisme peut apporter de réelles satisfactions, de grandes joies même à ses adeptes. Pourquoi alors ne pas profiter des conditions absolument avantageuses offertes par J + S pour s'initier à ce sport complet, à la portée de tous ceux qui ont le goût de l'effort et l'amour de la nature?

Les cours prévus donnent donc à notre jeunesse une possibilité supplémentaire d'occuper sainement ses vacances. Pour la quatrième année consécutive, ils auront lieu, du 2 au 7 et du 9 au 14 août prochain, à la Gallen-

hütte, près du col de la Furka. La configuration de cette région se prête particulièrement bien à l'enseignement de base de l'alpinisme. Un «jardin de varappe» s'étend à proximité immédiate de la cabane, point de départ de nombreuses excursions de difficultés variables. De là aussi, et en moins d'un quart d'heure, on accède au glacier du Rhône avec ses séracs aux profondeurs teintées d'un bleu presque irréel, célébrés par de nombreux écrivains et poètes.

La participation à de tels cours ne présente pratiquement aucun danger. Rien n'est laissé au hasard, toute aventure téméraire est bannie. Gage de sécurité, des spécialistes de la montagne, tous guides diplômés, en assument la direction. Provenant du Jura ou d'ailleurs, ils sont sélectionnés par l'Office J + S et dépendent directement du chef de la branche «Alpinisme», M. Charly Wenger, de Diesse. Encadrés par une équipe compétente et expérimentée, les jeunes gens seront formés dans les domaines suivants:

- marches d'accoutumance
- manipulation de la corde (assurage, etc.)
- instruction dans le rocher (varappe, rappel, etc.)
- instruction dans la neige, sur le névé et la glace
- opération de sauvetage en montagne, dans une crevasse
- initiation aux premiers secours
- connaissance des moyens d'orientation
- la vie en montagne
- connaissance du milieu alpestre

En outre, l'alpinisme possède une valeur éducative certaine. Il nous apprend à découvrir, connaître et aimer la montagne. Il permet de vivre intensément, de s'affirmer face à l'obstacle, en maîtrisant la difficulté. C'est une véritable école du caractère. Dans le cadre de la cordée, il développe aussi le sens des responsabilités et favorise la vie communautaire. C'est une école de sociologie pratique. Il donne enfin l'occasion de vivre sainement en se retrempeant dans le grand silence de la nature.

Nous ne saurions trop insister auprès de nos collègues pour qu'ils fassent un effort d'information dans leurs classes. Le cours en vaut la peine. En effet, tout est offert aux jeunes pour une finance d'inscription dérisoire et ceci grâce à l'appui financier de la Confédération qui verse des subventions spéciales pour favoriser le développement de l'alpinisme. D'autre part, le canton prête gratuitement aux participants un équipement complet pour la pratique de ce sport, s'ils n'en possèdent pas eux-mêmes. Il suffit d'en faire la demande à temps.

Pour tous renseignements, s'adresser à l'Office J + S à Saint-Imier qui attend les inscriptions jusqu'au 1<sup>er</sup> juillet 1976.

Finance d'inscription: 62 francs + participation aux frais de voyage dès Bienne: 20 francs (premier degré d'âge), 40 francs (deuxième degré d'âge).

Service de presse J + S: R. M.

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Paul Simon, rue des Sommètres 15, 2726 Saignelégier, téléphone 039 51 17 74.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Bern, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

# Lehrerbildung im Kanton Bern

# Lehrerbildung im Kanton Bern

Vernehmlassung zum Bericht und zu den Anträgen der von der Erziehungsdirektion des Kantons Bern eingesetzten Arbeitsgruppe

## Begleitbrief der Erziehungsdirektion

### An die Empfänger dieser Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beehren uns, Ihnen die vorliegende Dokumentation zum genannten Problembereich zur Vernehmlassung zuzustellen und erlauben uns die nachstehenden Bemerkungen:

#### 1. Zeitpunkt zur Planung einer Reform der Primarlehrerausbildung

Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern gibt den Bericht und die Anträge der von ihr eingesetzten Arbeitsgruppe über eine für die Zukunft so folgenreiche Aufgabe, wie es die Lehrerbildung ist, zu einem Zeitpunkt in die Vernehmlassung, da auf schweizerischer Ebene die Umfrage über den Studienbericht «Lehrerbildung von morgen» im Gange ist. Es könnte daher die Ansicht aufkommen, der Kanton Bern sollte im Interesse einer koordinierten Lehrerbildung in der Schweiz die Resultate dieser Umfrage abwarten, bevor er ein eigenes Projekt zur Diskussion stellt. – Die Tatsache, dass der Präsident der Expertenkommission «Lehrerbildung von morgen» Mitglied der Arbeitsgruppe war und dass der Expertenbericht für die Meinungsbildung in unserem Kanton eine wesentliche Grundlage bildet, bietet unseres Erachtens Gewähr dafür, dass die Situation in unserem Kanton und die erziehungswissenschaftliche Entwicklung weitgehend berücksichtigt und den Verhältnissen im Kanton Bern angepasst werden konnten. Es ist jedoch angezeigt, den Bericht der Berner Arbeitsgruppe in den Rahmen des Berichts «Lehrerbildung von morgen» zu stellen. Wir machen dabei auf die unserem Bericht zugrunde liegenden Studien der Projektbearbeiter aufmerksam; darin wird die eingehende Auseinandersetzung mit dem Bericht «Lehrerbildung von morgen» sichtbar.

Im weiteren war die Regierung bei der Auftragserteilung vor die Frage gestellt, ob im Augenblick, da sich der Kanton neu strukturiert und er damit Aufgaben, für die er heute noch verantwortlich ist, weitergeben muss, ein gemeinsames Vorgehen für den deutsch- und den französischsprachigen Kantonsteil angebracht sei. – Weil die kantonalen Gesetze, welche das Schulwesen im allgemeinen und die Lehrerbildung im besonderen betreffen, für beide Sprachgebiete Gültigkeit haben, musste sich die Regierung zu einem solchen Vorgehen entschliessen. Es sei indessen ihr klarer Standpunkt festgehalten: Es werden für die Lehrerbildung keine Beschlüsse gefasst werden, welche die Verantwortlichen im Gebiet des künftigen Kantons in ihrer eigenen Entscheidungsfreiheit über die Dauer und die Struktur der Lehrerbildung einengen könnten. Es werden ihnen indessen sämtliche heute vorliegenden, im Rahmen des ganzen Kantons erarbeiteten Unterlagen für die eigenen Entscheide zur Verfügung stehen.

#### 2. Form des Berichtes

Wir sind uns bewusst, dass ein Gebiet von der Wichtigkeit, aber auch von der Komplexität, wie sie die Lehrerbildung darstellt, im Umfang des vorliegenden Berichtes niemals umfassend dargestellt werden kann. Dennoch haben wir eine in dieser Gerafftheit abgefasste Darstellung verlangt, damit die hauptsächlichsten Gesichtspunkte in einer möglichst einfachen und klaren Form einer Grosszahl von Interessierten zugänglich gemacht werden können, auch wenn wir dadurch gewisse Vergrößerungen in Kauf nehmen müssen. Für eine eingehende Darstellung der Probleme verweisen wir auf die Studien der Projektbearbeiter.

#### 3. Zum Inhalt des Berichtes und der Anträge

Bericht und Anträge gehen im gleichen Wortlaut in die Vernehmlassung, wie sie der Erziehungsdirektion von der Arbeitsgruppe eingereicht worden sind. Dies bedeutet, dass wir uns unter Beachtung der nachfolgenden Bemerkungen grundsätzlich hinter den Bericht und die Anträge der Arbeitsgruppe stellen:

##### a) *Stand der Arbeiten*

Der Regierungsratsbeschluss vom 29. Januar 1975 erteilte den Auftrag, es sei sowohl die Verlängerung als auch die Reform der Lehrerbildung zu planen. Bei aller Berücksichtigung der inhaltlichen Anforderungen, welche an eine erneuerte Lehrerbildung zu stellen sind, hat die Arbeitsgruppe erst den Vorschlag zur äusseren Form für diese Erneuerung vorgelegt. Sie ist allerdings davon überzeugt, dass mit der vorgeschlagenen Struktur die Verwirklichung einer optimalen Anzahl von Forderungen an die Ausbildung der Lehrer möglich sei. Der nächste Schritt und damit die Hauptarbeit für eine erneuerte und verlängerte Lehrerbildung besteht darin, dass die Inhalte für diese neue Form der Lehrerbildung im einzelnen erarbeitet, beziehungsweise aus der bisherigen in die neue Struktur eingefügt werden. Damit keine Zeit verloren geht, werden wir diese Arbeiten, die jeder Verbesserung in der Lehrerbildung zugute kommen, unverzüglich an die Hand nehmen lassen, wobei auf Grund der rechtlichen Gegebenheiten vorerst für jeden Kantonsteil eine Arbeitsgruppe zur Planung der fünfjährigen Seminausbildung eingesetzt wird.

##### b) *Zur Planung des Weiterausbildungsjahres*

Wir geben dem Prinzip der rekurrenten Bildung unsere Zustimmung. Weil das vorliegende Modell jedoch weiter geht, als es in den Auflagen zum Regierungsratsbeschluss vom 29. Januar 1975 vorgesehen war, ist für die Planung des Weiterausbildungsjahres ein neuer Grundsatzbeschluss der Regierung not-

wendig. Gestützt darauf wird die Planung auch des letzten Teils der Lehrerbildung intensiv vorangetrieben werden können. Dies ist um so mehr nötig, als das vorgelegte Modell darauf basiert. Insbesondere sind dabei ausser der Organisation für die Weiterausbildung auch die finanziellen Auswirkungen für den einzelnen Lehrer wie für den Staat und die Gemeinden genau zu untersuchen, wobei die Fragen der Anstellung, der Beurlaubung, der Stellvertretung und der Auswirkungen auf die Besoldung geklärt werden müssen.

c) *Dauer der seminaristischen Lehrerbildung*

Wir halten hier deutlich fest, dass, im Sinne einer Präzisierung der Schlussfolgerung e) der Arbeitsgruppe, eine sechsjährige seminaristische Lehrerbildung aus pädagogischen, schulpolitischen und finanziellen Gründen nicht diskutiert werden kann.

d) *Zur gemeinsamen Ausbildung verschiedener Lehrerkategorien*

Unter «Grundsätze für eine Reform der Lehrerbildung» weist die Arbeitsgruppe darauf hin, dass es unerlässlich sei, die Lehrerbildung in ihrer Gesamtheit zu betrachten, dass die Primarlehrerausbildung also nicht für sich allein behandelt werden dürfe. Es sei vielmehr in den weiteren Bestrebungen zur Verbesserung der Lehrerbildung unerlässlich, «dass Rahmenlehrpläne entwickelt werden für die den Lehrern aller Schulstufen und Schultypen gemeinsamen Bereiche». Dieser Forderung muss langfristig unsere ganze Aufmerksamkeit geschenkt werden. In einem scheinbaren Widerspruch zu ihr steht jedoch der Antrag der Arbeitsgruppe, dass nur für den französischsprachigen Kantonsteil und nur für die gemeinsamen Ausbildungsmöglichkeiten der Primar- und Sekun-

darlehrrausbildung eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde. Im Interesse einer umfassenderen Bearbeitung dieses Problemkreises werden wir die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Lösung dieses Sonderproblems noch aufschieben. Dringlicher erscheint uns, dass sich im Nordjura die an der Lehrerausbildung interessierten Kreise mit der künftigen Gestaltung der Lehrerbildung in diesem Gebiet befassen, wobei ihnen die ganze vorliegende Dokumentation zur Verfügung stehen soll.

#### 4. Art der Vernehmlassung und Termine

Wir haben darauf verzichtet, die Vernehmlassung in der Form eines Fragenkataloges zu strukturieren. Durch die Stellungnahme zu den von der Arbeitsgruppe einzeln formulierten Schlussfolgerungen ergibt sich jedoch ein Schema, das den Grossteil der Problemkreise umfasst und zugleich die Auswertung der Meinungsäusserungen erleichtert.

Auch wenn die veränderten Arbeitsmöglichkeiten der Lehrer die rasche Verwirklichung einer verlängerten Ausbildung fordern, wäre der Sache mit einem übereilten Vorgehen nicht gedient. Auf Frühjahr 1977 kann deshalb nicht mit einer Änderung gerechnet werden. Im Bestreben, schon das Vernehmlassungsverfahren mit genügender Sorgfalt durchzuführen, haben wir als Frist für die Stellungnahmen den 15. November 1976 festgesetzt. Diese sind mit dem Vermerk «Lehrerbildung im Kanton Bern» zu richten an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Münsterplatz 3a, 3011 Bern.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Erziehungsdirektor: Kobler

Bern, den 15. Juni 1976  
SA 144 Kr/lm

## Bericht und Anträge der von der Erziehungsdirektion des Kantons Bern eingesetzten Arbeitsgruppe

### 1. Geschichtlicher Ansatzpunkt

#### *Forderung der 20er Jahre*

Die Forderung nach einer verlängerten Ausbildung der Primarlehrer reicht in die 1920er Jahre zurück. 1924 stellte eine aus ehemaligen Schülern des bernischen Staatsseminars gebildete Arbeitsgruppe den Grundsatz auf, einer Schulreform habe die Reform der Lehrerbildung voranzugehen. Sie schlug vor, die Ausbildung auf 5 Jahre festzusetzen und in zwei Kurse zu unterteilen: In einen Unterkurs von 3 1/2 Jahren, welcher der allgemeinen Bildung dienen sollte und mit einer Prüfung abzuschliessen sei, und in einen Oberkurs von 1 1/2 Jahren, welcher der beruflich-praktischen Ausbildung zum Primarlehrer gewidmet sein sollte.

In der damaligen Diskussion dieser Forderungen kam deutlich zum Ausdruck, dass die Ausbildungsdauer allein noch nicht ausschlaggebend für die Qualität der Lehrer sei und dass der junge Lehrer möglichst früh in seinem künftigen Beruf Erfahrungen sammeln sollte.

#### *Lehrerbildungsgesetz von 1931*

1931 wurde eine Änderung des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Lehrerbildungsanstalten angenommen, das die Ausbildungsdauer wie folgt festlegte:

«Die Ausbildungszeit beträgt für Lehrer vier bis fünf Jahre. Der Grosse Rat bestimmt für die Lehrer innerhalb des festgesetzten Rahmens die Ausbildungszeit.»

#### *Verzögerung der Reform*

Trotz Lehrerüberfluss in den dreissiger Jahren verhinderten die Weltwirtschaftskrise und die anschliessenden Kriegsjahre eine Verbesserung der Lehrerbildung. Die Nachkriegsjahre brachten einen immer empfindlicher werdenden Lehrermangel; dieser verunmöglichte eine Verlängerung der Lehrerbildung, weil einerseits dadurch ganze Lehrerjahrgänge ausgefallen wären und weil andererseits die seit den fünfziger Jahren konsequent durchgeführte «stille Schulreform», die trotz Lehrermangel beharrlich weitergeführte Verminderung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen, nicht gestoppt werden durfte.

### *Lehrerbildungsgesetz von 1966*

Eine Revision des Lehrerbildungsgesetzes im Jahre 1966 brachte indessen die Gelegenheit, dem Grossen Rat die Kompetenz zur Verlängerung der Lehrerbildung ohne Einschränkung zu erteilen. Der vom Volk angenommene Gesetzesartikel lautet: «Die Seminarbildungszeit beträgt vier Jahre. Sie kann durch Beschluss des Grossen Rates verlängert werden.» (Art. 10) Das Parlament kann somit die Dauer der seminaristischen Ausbildung festlegen; die Struktur der bernischen Lehrerbildung indessen ist nicht ohne eine Revision des Gesetzes zu ändern. Art. 1 des Gesetzes über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen vom 17. April 1966 lautet:

«Der Staat sorgt für die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Primarschulen. Sie erfolgt in Seminaren.

«Die Ausbildung kann auch in besonderen Kursen an den Seminaren erfolgen.»

### *Dekret über die Lehrerfortbildung von 1970*

Eine Abänderung des Lehrerbildungsgesetzes von 1966 schuf 1969 die Grundlagen zur Lehrerfortbildung. Das darauf fussende Dekret des Grossen Rates vom 16. September 1970 ermöglichte es, die grössten Ausbildungslücken durch eine gezielte Lehrerfortbildung zu schliessen.

### *Motion Staender von 1973*

Am 6. Februar 1973 reichte Herr Grossrat Staender eine Motion ein, die einerseits die Verlängerung der Seminarbildung auf 5 Jahre verlangte, die andererseits die Möglichkeit, dass Maturanden das Primarlehrerpatent erwerben könnten, gesetzlich zu verankern wünschte. Die Behandlung der Motion im Grossen Rat stand noch ganz im Zeichen des Lehrermangels: Eine Verlängerung der Ausbildungszeit auf 5 Jahre wurde als Postulat überwiesen, der Einbezug von Maturanden in die Primarlehrerausbildung jedoch als Motion. Der Motionär hatte gefordert, es sei «die Seminarbildung so zu reformieren, dass auf eine ungebrochene Allgemeinbildung ein abschliessender Kurs in berufsorientierter Pädagogik und Didaktik folgt, in den auch Absolventen der gymnasialen Reifeprüfung einsteigen können». Diese Formulierung nennt einen Weg, wie Maturanden das Primarlehrerpatent erwerben können; sie nimmt nicht grundsätzlich Stellung zur Frage über den gymnasialen oder den seminaristischen Weg der Lehrerbildung.

## **2. Der Auftrag des Regierungsrates**

### *Veränderte Situation seit 1974*

Auf Grund einer völlig neuen Situation in unserer Wirtschaft und damit auf dem Arbeitsmarkt – die Erziehungsdirektion hatte erste Anzeichen einer möglichen Änderung der Lage bereits 1974 wahrgenommen – erteilte der Regierungsrat am 29. Januar 1975 der Erziehungsdirektion den Auftrag, die Planung einer verlängerten und verbesserten Primarlehrerausbildung unverzüglich an die Hand zu nehmen. Dafür wurden

a) für jedes Sprachgebiet je ein Schulfachmann als *Projektleiter* eingesetzt, der in persönlicher Verantwortung konkrete Modellvorschläge zur Verbesserung und Verlängerung der Lehrerbildung ausarbeiten sollte, und

b) eine gemischtsprachige *Arbeitsgruppe* ernannt, welche die Studienberichte der beiden Projektleiter sowie die von ihnen vorgelegten Arbeitspapiere und Vorschläge zu begutachten und zuhanden der Erziehungsdirektion einen Auswertungsbericht und ihre Anträge auszuarbeiten hätte.

Als Projektleiter ernannte die Erziehungsdirektion die Herren Claude Merazzi, Direktor des französischsprachigen Seminars Biel, und Dr. Heinz Wyss, Direktor des deutschsprachigen Seminars Biel.

### *Zusammensetzung der Arbeitsgruppe*

Die Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

- Dr. Hans Stricker, Vorsteher des Amtes für Unterrichtsforschung und -planung, Präsident
- Francis von Niederhäusern, Leiter der französischsprachigen Abteilung des Amtes für Unterrichtsforschung und -planung, Vizepräsident
- Martin Bärtschi, Sekundarlehrer, Neuenegg, Vertreter des Bernischen Mittellehrervereins
- Daisy Hirn, Primarlehrerin, Biel, Vertreterin der Société Pédagogique Jurassienne
- Kurt Kocher, Primarlehrer, Kien bei Reichenbach, Vertreter der bernischen Primarlehrerorganisation
- Dr. Fritz Müller, Seminarleiter, Thun, Vertreter der kantonalen Seminarleitendenkonferenz
- Maurice Péquignot, Schulinspektor, Präsident der französischsprachigen Patentprüfungskommission für Lehrer und Kindergärtnerinnen
- Hanspeter Riesen, Adjunkt der Abteilung Unterricht der Erziehungsdirektion
- Dr. Samuel Wegmüller, Seminarlehrer, Vertreter des Verbandes Bernischer Seminarlehrer.

Als ständige Experten der Arbeitsgruppe mit beratender Stimme wurden ernannt:

- Felix Grütter, Rektor des Gymnasiums Burgdorf, Vertreter der kantonalen Rektorenkonferenz
- Dr. Jean-Claude Joye, Lektor an der Universität Bern und Mitglied der kantonalen Maturitätskommission.

### *Auflagen des Regierungsratsbeschlusses*

Der Regierungsratsbeschluss vom 29. Januar 1975 nannte eine Reihe von Auflagen, welche in der Planung einer Verlängerung der Primarlehrerbildung berücksichtigt werden mussten. Die Arbeitsgruppe musste sich vor allem mit den folgenden dieser Auflagen auseinandersetzen:

- Eine geplante Verlängerung der Ausbildung müsste auch eine *wesentliche Verbesserung* derselben zum Ziele haben. – Es konnte sich also keinesfalls darum handeln, die in der heute vierjährigen Ausbildung festgelegten Lerninhalte anzureichern und auf fünf Jahre zu verteilen. Sowohl Allgemeinbildung als auch Berufsbildung müssten durch eine Neukonzeption eine wesentliche Verbesserung erfahren.
- In ihren Grundzügen hätte die Primarlehrerbildung *in beiden Kantonsteilen eine einheitliche Konzeption* aufzuweisen. – Dies war so zu verstehen, dass in den beiden Kantonsteilen nicht verschiedene Lehrerkategorien

entstehen sollten, dass jedoch der zum Teil unterschiedlichen Situation durch besondere Lösungen Rechnung getragen werden dürfte.

- *Gesamtschweizerischen Tendenzen* bei der Primarlehrerbildung sollte auch im Kanton Bern Rechnung getragen werden. - Damit wurde vor allem auf die Arbeit der schweizerischen Expertengruppe «Lehrerbildung von morgen» und deren Bericht hingewiesen.
- *Neben der verlängerten seminaristischen Grundausbildung* hatte die Arbeitsgruppe auch *andere Ausbildungsmöglichkeiten* sowie eine *stufenspezifische* Primarlehrerbildung eingehend zu untersuchen. - Die Regierung legte damit wohl einen Akzent auf die seminaristische Ausbildung, wünschte jedoch auch andere Strukturen, so den gymnasialen Weg oder eine zeitliche Staffelung der Ausbildung (Rekurrenz), in die Diskussion eingeschlossen zu wissen.
- *Der Zugang zur Universität* sollte den Absolventen der Lehrerbildungsanstalten dadurch erleichtert werden, dass die Lehrpläne die Möglichkeit eines weiterführenden Studiums berücksichtigen sollten.
- *Die Durchlässigkeit zwischen Gymnasium und Lehrerbildungsanstalt* sollte bis zum Ende des 2. Ausbildungsjahres ohne nennenswerte Zusatzbelastung für den Schüler möglich sein.
- Der Regierungsratsbeschluss nannte auch Richtzahlen für die *Pflichtlektionen* der Schüler und nicht zu überschreitende *finanzielle Aufwendungen* für eine Verlängerung der Lehrerbildung.

### 3. Arbeitsweise der Projektleiter und der Arbeitsgruppe

Die *Projektleiter* betrachteten es als unbedingt nötig, den Prozess der Entscheidungsfindung von allem Anfang an so durchschaubar wie möglich zu gestalten. Das bedeutete, dass vorgefasste Meinungen, wo immer sie auftauchten, geprüft und als solche erkannt wurden. Das besagte weiter, dass alle früher oder im Laufe der Arbeiten ins Gespräch gebrachten Lösungsmöglichkeiten auf ihre Tauglichkeit hin untersucht wurden. Und es hiess endlich, dass im Rahmen der Vorarbeiten alle Kreise, welche eine erneuerte Lehrerbildung beeinflussen könnten oder davon betroffen würden, zu Gesprächen eingeladen wurden. Es handelte sich namentlich um Diskussionen mit der Seminardirektorenkonferenz, den Seminarkommissionen, den Primarschulinspektoren, den Verantwortlichen für die Lehrerfortbildung, dem Sekundarlehreramt und den Sekundarschulinspektoren, der Rektorenkonferenz, der Maturitätskommission, den Vertretern des Berufsbildungswesens, Vertretern der akademischen Berufsberatung, der Studentenberatung und des zweiten Bildungsweges sowie Vertretern der Kommission für Lehrerbildung des Bernischen Lehrervereins. Daneben fanden einlässliche Besprechungen mit der Lehrerschaft der einzelnen bernischen Seminare statt.

Die Resultate dieser Gespräche wurden in umfangreichen Dokumentationen festgehalten und bildeten eine wesentliche Grundlage zur Ausarbeitung eines Ausbildungsmodells. Als weitere wichtige Unterlagen müssen unter anderem erwähnt werden: Der Bericht «Lehrerbildung von morgen» und der Bericht «Mittelschule von morgen», beide verfasst von schweizerischen Expertenkommissionen, der Bericht der Kommission Schläppi zu einer «Neukonzeption der Lehrerbildung mit ihren Auswir-

kungen auf die Seminarplanung» (1971) und die darauf fussende Projektstudie von Seminardirektor Dr. Fritz Müller über das «freiwillige Weiterausbildungsjahr», die Publikation der Kommission für Lehrerbildung des Bernischen Lehrervereins «Lehrerbildungsreform - Ein Diskussionsbeitrag» sowie die Ergebnisse einer Umfrage bei der Primarlehrerschaft.

In Vorträgen und Publikationen gaben die Projektleiter überdies von Zeit zu Zeit ihre Überlegungen und den Stand ihrer Untersuchungen bekannt.

Die *Arbeitsgruppe* wurde von den Projektleitern in der Weise in die Meinungsbildung einbezogen, dass ihr nicht von Anfang an fertige Vorschläge unterbreitet wurden, sondern dass diese aus den Verhandlungen der Arbeitsgruppe herauswachsen konnten. Allerdings standen ihr die wesentlichsten Dokumente, vor allem aber auch die Ergebnisse aus den «Hearings» zur Verfügung, und in der Schlussphase lagen auch die Modelle (und Modellvarianten) der Projektleiter vor. In zehn Sitzungen, von denen drei je 1½ Tage dauerten, setzte sich die Arbeitsgruppe mit den verschiedenen Problemkreisen, welche mit der Reform und Verlängerung der Lehrerbildung verknüpft sind, auseinander. Vorentscheide wurden anlässlich der 5. Sitzung am 14. Februar 1976 gefällt; einen ersten grundsätzlichen Beschluss über das Modell, welches sie der Erziehungsdirektion als Zielvorstellung beantragen wollte, fasste die Arbeitsgruppe am 9. März 1976, am Schluss einer Doppelsitzung in Neuenstadt. Bevor sie zur Beschlussfassung kam, erachtete sie es als notwendig, die Verantwortlichen für die französischsprachige Sekundarlehrerbildung und die Spitze des Bernischen Lehrervereins zu je einer Besprechung einzuladen.

### 4. Grundsätze für eine Reform der Lehrerbildung

#### *Dokumentation der Projektleiter*

Unter der Überschrift «Inhalte und Strukturen einer erneuerten und verlängerten Primarlehrerbildung im Kanton Bern» legte der Projektleiter für den deutschsprachigen Kantonsteil der Arbeitsgruppe eine umfassende Darstellung seiner Überlegungen zur Reform der Lehrerbildung vor. Die Arbeitsgruppe folgte in der grossen Mehrheit den darin enthaltenen Gedanken. Unterschiedliche Auffassungen zeigten sich in Details. Die Arbeit von Herrn Dr. Wyss wird daher als separates Dokument zu diesem Bericht in der Schriftenreihe der Erziehungsdirektion herausgegeben.

Der Projektleiter für den französischsprachigen Kantonsteil legt diesem Bericht eine Zusammenfassung seines Schlussberichtes bei. Dieser letztere wird im Laufe des Monats September zur Verfügung stehen.

Der Grund für die zeitliche Differenz in der Abfassung der beiden Berichte liegt in der besonderen Situation des französischsprachigen Kantonsteils und den damit verbundenen Schwierigkeiten. Es sind dabei zu nennen:

- die politische Entwicklung im französischsprachigen Kantonsteil
- die spezielle Schulstruktur
- der Mangel an Vorarbeiten für die Lehrerbildung
- die Verzögerung im Erscheinen der französischen Ausgabe des Berichtes «Lehrerbildung von morgen» (März/April 1976), weshalb der grösste Teil der Spezialliteratur und der Dokumentation in deutscher Sprache verwendet werden musste.

Im weiteren erstreckte sich die Aussprache mit den Verantwortlichen für die Ausbildung der Sekundarlehrer im französischen Kantonsteil bis in den März 1976. Es ging dabei vor allem um die Alternative: Seminaristische Ausbildung oder maturitätsgebundener Weg mit einer Koordination der beruflichen Ausbildung zwischen künftigen Primar- und Sekundarlehrern.

Endlich erschwerte ein Unterbruch in der Beurlaubung des Projektleiters von mehreren Monaten den reibungslosen Ablauf der Planungsarbeiten.

### Grundsätze

Die nachfolgend aufgestellten Grundsätze für eine Reform der Lehrerbildung sind aus den Darlegungen der Projektleiter und den Diskussionen der Arbeitsgruppe abgeleitet:

#### – *Gewachsene Strukturen*

Die Lehrerbildung muss im Kanton Bern auf die *gewachsenen*, den regionalen Bedürfnissen angepassten *Strukturen* Rücksicht nehmen. Diese sind, wenn nötig, zu ergänzen, auszubauen oder so zu modifizieren, dass sich altbewährte mit neuen Strukturen verbinden. Das Lehrerseminar ist als eigener Mittelschultyp in der bernischen Schulgeschichte und in der Bevölkerung stark verwurzelt. Es wäre fragwürdig, diese Seminar-Mittelschulen, die sowohl Allgemeinbildung als auch Berufsbildung vermitteln, zu Gunsten einer Annäherung an die Gymnasien oder gar einer Verschmelzung mit diesem Schultyp zu verändern.

#### – *Konzeptionen für die beiden Sprachgebiete*

Die im Regierungsratsbeschluss vom 29. Januar 1975 formulierte Auflage, wonach die Primarlehrerbildung in ihren Grundzügen *in beiden Kantonsteilen eine einheitliche Konzeption* aufzuweisen habe, ist so zu interpretieren, dass die Ausbildungsdauer übereinzustimmen hat, damit die Gleichwertigkeit der Diplome gesichert ist; in der internen Strukturierung soll indessen jeder Kantonsteil jene Formen wählen können, die seinen speziellen Bedürfnissen entgegenkommen.

#### – *Nordjura*

In bezug auf den *Nordjura* muss festgehalten werden, dass keine Entscheide getroffen werden dürfen, die ihn in der Freiheit der Eigengestaltung einengen würden: Die Vorarbeiten der Projektleiter und der Arbeitsgruppe sollen dem neuen Kanton zur Verfügung gestellt werden, ohne dass für ihn weder die Ausbildungsdauer für die Lehrer noch die Ausbildungsstruktur präjudiziert würden. Beides soll er selber festlegen können.

#### – *Gesamtkonzeption für die Ausbildung aller Lehrerkategorien*

Der Auftrag des Regierungsrates an die Erziehungsdirektion beschränkte sich auf das Studium einer verbesserten und verlängerten Primarlehrerausbildung. Es ist jedoch zu einem Zeitpunkt, da die vertikalen Strukturen unseres Bildungssystems zumindest in ihrer Starrheit nicht unwidersprochen sind und sich besonders auf der Altersstufe der Volksschule immer mehr Gemeinsamkeiten im Bildungsauftrag abzeichnen, *unerlässlich, dass die Lehrerbildung in ihrer Gesamtheit betrachtet wird*. In erster Linie gilt es, Lehrer heranzubilden und erst darnach die in bezug auf ihr Wissen und auf ihre berufliche Kompetenz spezialisierten

Stufenlehrer. Es darf deshalb bei der Neuordnung der Primarlehrerausbildung eine in der Zukunft liegende Gesamtkonzeption der Lehrerbildung in keinem Fall verbaut werden. Dies bedeutet, dass die für den Lehrerberuf erforderliche Grundausbildung (Allgemeinbildung und Berufsbildung) in festen Institutionen vermittelt werden kann, dass aber die stufenspezifische Ergänzung wenigstens vorläufig flexibel bleiben muss. In den weiteren Bestrebungen zur Verbesserung der Lehrerbildung ist es somit unerlässlich, dass Rahmenlehrpläne entwickelt werden für die den Lehrern aller Schulstufen und Schultypen gemeinsamen Bereiche.

#### – *Rekurrente Lehrerbildung*

In kaum einem Berufszweig kann heute durch eine blosser Grundausbildung jenes Wissen und Können jene Fertigkeiten erworben werden, welche für die Berufstätigkeit eines ganzen Lebens genügen würden. Es verstärkt sich deshalb in einer grossen Zahl von Berufen die Tendenz, nach einer Grundausbildung zusätzliches Wissen und Können im Laufe der Berufsausübung zu vermitteln. Der Vorteil einer solchen *«rekurrenten Bildung»* liegt darin, dass die Erfahrungen der Berufspraxis zeigen, wo die besonderen beruflichen Probleme und die weiteren persönlichen Ausbildungsbedürfnisse liegen. Die Wirkung einer derart von der Praxis her motivierten und auf die Praxis bezogenen Weiterbildung ist zweifelsohne wesentlich grösser als eine zu lange und sich über weite Strecken in der praxisfernen Theorie bewegende Grundausbildung. Gerade vom Lehrer verlangt die Dynamik unserer Zeit, die sich in einer raschen Entwicklung und Veränderung des Wissens, der Wirtschaft, der Technik und des sozialen Gefüges zeigt, dass er darin die Orientierung behält, um eine voreilige Anpassung wie auch ein verhängnisvolles Zurückbleiben zu vermeiden. Für die Lehrerbildung bedeutet das rekurrente System, dass an die Stelle einer zusammenhängenden Ausbildung ein gegliedertes Ausbildungsverfahren tritt, bei dem einer guten Grundausbildung eine Phase der selbstverantworteten Lehrtätigkeit folgt, die ihrerseits unterbrochen wird durch einen zweiten Teil der Ausbildung, in welchem vor allem die Praxiserfahrung überdacht, ausgewertet und theoretisch durchleuchtet wird. Es versteht sich dabei von selbst, dass nur jene Lehrkräfte in diese rekurrente Phase des Ausbaus und der Spezialisierung einbezogen werden, die im Lehrerberuf bleiben.

#### – *Lehrpatent – Hochschulzugang*

Im Unterschied zur gymnasialen Bildung schliesst die Lehrerbildung im Anschluss an die obligatorische Schulzeit neben der Allgemeinbildung eine Berufsbildung mit ein. Ihr Ziel ist in erster Linie das Lehrpatent, nicht die Hochschulreife. *Das Lehrpatent entspricht somit nicht der Maturität* nach den heutigen Bestimmungen. Wenn der Gymnasiast die im heutigen, für den Erwerb der Hochschulreife aufgestellten Fächerkanon umschriebene Allgemeinbildung erwerben will, so muss der künftige Lehrer jenen Anforderungen genügen können, die sein Beruf an das fachliche Wissen, das methodische Können und vor allem an die menschliche Reife des Erziehers stellt. Es ist zu *hoffen*, dass diese Kompetenz des Wissens, des Handelns und des Verhaltens *in naher Zukunft als Hochschulreife erklärt werden*. Auf jeden Fall muss der Primarlehrer die Möglichkeit haben, durch Zusatzleistungen den *Zugang zur Hochschule* zu erhalten.

#### - *Lehrpatent - Maturität*

In der Diskussion über die Lehrerbildung mit Hochschulzugang wurden vor allem die folgenden Varianten genauer untersucht:

- a) Die seminaristische Lehrerbildung ist so zu verlängern, dass sie in ihrer *Allgemeinbildung* auch den heutigen *Maturitätsanforderungen* entspricht. - Dies wäre auch bei einer Verlängerung der Lehrerbildung um ein bis zwei Jahre ohne eine ganz empfindliche Beeinträchtigung der spezifisch seminaristischen Bildungsziele und der beruflichen Ausbildung nicht zu erreichen. Auf diese Weise würden die Lehrerseminare ihrem Wesen entfremdet.
- b) Es wird ein *neuer Maturitätstyp soziopädagogischer Richtung* geschaffen. - Diese Lösung hätte zur Folge, dass in dem Augenblick ein neuer Maturitätstypus geschaffen würde, da die gegenläufige Tendenz, jene der Verschmelzung verschiedener Typen, festzustellen ist. Eine eidgenössische Anerkennung des neuen Typus wäre nicht zu erwarten, ebenso wenig ein ungehinderter Zugang zu allen Fakultäten der Berner Universität. Es würde praktisch nur die Möglichkeit bleiben, mit dieser kantonalen Maturität das Primarlehrerpatent zu erwerben oder die schon heute für Bewerber mit dem Primarlehrerpatent offenen Studienrichtungen zu ergreifen. Dafür aber müsste eine neue Institution in der Form eines zentralen Oberseminars geschaffen werden. Es würde wahrscheinlich dazu kommen, dass diese Maturität immer mehr die Form eines der bestehenden Typen annähme, was eine Vernachlässigung gerade jener Fächer zur Folge hätte, die für den Lehrerberuf grosse Bedeutung haben, nämlich die musischen und die sozialpädagogisch ausgerichteten.
- c) Die Lehrerbildung *basiert auf einem der bekannten Maturitätstypen*. - Dadurch hätte man jene Form gewählt, die in Deutschland, im Kanton Genf und im Kanton Basel-Stadt besteht. Wohl wäre dadurch die Forderung des Hochschulzuganges für Primarlehrer erfüllt, würde der Berufsentscheid weit hinausgeschoben, könnte die wissenschaftliche Kompetenz des Primarlehrers aufgewertet werden und wäre endlich die allgemeine Bildung klar von der beruflichen, die zudem wissenschaftlich untermauert wäre, getrennt: Alle positiven Aspekte der seminaristischen Ausbildung blieben indessen unberücksichtigt.

#### - *Primarlehrerausbildung für Inhaber des Maturitätszeugnisses*

Auch dann, wenn sich der Kanton Bern entschliesst, bei der Primarlehrerausbildung grundsätzlich den seminaristischen Weg zu gehen, muss doch für *Inhaber eines Maturitätszeugnisses* die Möglichkeit einer *Ergänzungsausbildung zum Primarlehrerberuf* bestehen bleiben; denn die am Gymnasium erworbenen Kompetenzen des logischen Denkens, der Aneignung von Wissen und des Urteilens müssen für den Primarlehrerberuf als ebenso wertvoll betrachtet werden wie für einen akademischen Beruf. Die Gründe sind folgende:

Der Entscheid eines jungen Menschen, den Lehrerberuf zu wählen, setzt einen sozialetischen Reifegrad voraus. Bei einem Berufsentscheid mit 15 Jahren ist dieser noch nicht immer erreicht. Der in einem relativ reifen Alter geäußerte Wille zu pädagogischem Wirken muss beachtet werden. - Mit der

Regionalisierung und der damit verbundenen weiteren Öffnung der Gymnasien wählten viele berufs-unentschlossene junge Menschen, die vor der Vermehrung der Gymnasien noch das Seminar besucht hätten, den gymnasialen Weg. Wer sich nach der Maturität nicht zu einem Hochschulstudium, sondern eher zu einer Tätigkeit mit musischem und personenbezogenen Akzent hingezogen fühlt, sollte in seiner Ausbildung noch eine Korrektur anbringen können.

Der zeitliche Aufwand für die nachzuholende musische und die berufliche Ausbildung müsste indessen die Gleichwertigkeit mit dem auf normalem Weg erworbenen Lehrerpateht gewährleisten.

#### - *Allgemeinbildung - Berufsbildung*

Ein wesentliches Merkmal der Lehrerbildung besteht darin, dass der künftige Lehrer nicht nur zur Ausbildung seiner eigenen Persönlichkeit lernt, sondern sich Wissen aneignet, um es später wieder weitergeben zu können, letzteres allerdings nach einer methodischen und didaktischen Verarbeitung, die ihrerseits in der Lehrerbildung gelernt werden muss. Der Praxisbezug setzt also, dem künftigen Lehrer noch unbewusst oder schon bewusst gemacht, relativ früh ein. Dies bedeutet nicht, dass sich die Lehrerbildung ausschliesslich auf den später in der Schulpraxis zu vermittelnden Wissensstoff auszurichten hätte. Ebenso falsch ist es, wenn Berufsbildung und Allgemeinbildung beziehungslos nebeneinander herlaufen. Für die Allgemeinbildung und die Berufsbildung müssen zwar einerseits klare zeitliche Schwerpunkte gesetzt werden, andererseits müssen sie sich gegenseitig durchdringen und gegenseitig bereichern. Die enge und wirksame Verbindung von Theorie und Praxis ist die Haupttriebkraft zur Erneuerung der Lehrerbildung. Wenn diese Verzahnung von Allgemeinbildung und Berufsbildung, das «klinische Prinzip», verwirklicht werden kann, wird der nicht auf die Maturität aufbauende Weg der Lehrerbildung auch in der Zukunft eingeschlagen werden können. Dies hängt nicht zuletzt von der Zusammenarbeit zwischen Fachlehrer, Fachdidaktiker oder Methodiklehrer und Übungslehrer ab.

#### - *Der seminaristische Weg der Lehrerbildung*

Die Vorteile des maturitätsgebundenen Weges liegen vor allem in einer besseren Rekrutierung der künftigen Lehrer in bezug auf ihre Wissenskompetenz und im problemlosen Zugang der Primarlehrer zur Hochschule. Im folgenden sind Kriterien genannt, welche für eine seminaristische Lehrerbildung sprechen.

#### - *Seminartradition*

Trotz einer unverkennbaren Minderbewertung der Primarschule und damit auch des Primarlehrers in den verflossenen Jahren ist doch die Tradition der bernischen Lehrerseminare in der Bevölkerung lebendig. Zudem betrachten die Regionen, welche in den letzten Jahrzehnten ein Seminar erhalten haben, dieses als Bereicherung ihres kulturellen Lebens.

#### - *Soziale Funktion des Seminars*

Infolge des frühen Berufsabschlusses ist die Seminar-ausbildung für geeignete Kandidaten auch aus einfacheren Verhältnissen eine günstige Ausbildungsmöglichkeit. In diesem Sinn hat das Seminar auch eine soziale Funktion.

#### - *Begabung zum Lehrer*

Für junge Menschen, deren Interessen und Fähigkeiten nicht allein im intellektuellen, sondern ebenso sehr im musischen Bereich und in demjenigen des zwischenmenschlichen Kontaktes liegen, bietet das Seminar eine ideale Möglichkeit der Persönlichkeitsbildung, verbunden mit einer Berufsbildung, die ihren Neigungen entspricht. Besonders für begabte Mädchen ist das Seminar eine gültige Alternative zum Gymnasium als Mittelschule. Auch unter den Burschen können durch die Möglichkeit der Seminarbildung wertvolle Lehrerpersönlichkeiten gewonnen werden, die durch ihre stärker im Musisch-Sozialen liegenden Fähigkeiten den Weg durch das Gymnasium nicht wählen würden. Das will nicht heissen, dass die Anforderungen, die an den Seminaristen gestellt werden, nicht ebenso hoch sein müssen wie für den Gymnasiasten; es wäre indessen ebenso verfehlt, wenn die Vorzüge des seminaristischen Weges einer falsch verstandenen Angleichung ans Gymnasium geopfert würden: Im Gegenteil sind diese Vorzüge noch profilierter zur Wirkung zu bringen.

#### - *Ausrichtung auf den Lehrerberuf*

In dreierlei Hinsicht hat das Seminar die Möglichkeit, den jungen Menschen bewusst und gezielt auf seinen künftigen Beruf auszubilden: - Der Wissensstoff und die Ausbildungsinhalte können auf die Bedürfnisse des Lehrers zugeschnitten werden; d. h., im Seminar können im Hinblick auf die Ausbildung der Lehrerpersönlichkeit und die künftige Verwendbarkeit des Stoffes im Blick auf die Bedürfnisse der Primarschule Schwerpunkte gesetzt werden. - Das Seminar hat die Möglichkeit, selber Modell und Vorbild für die künftige Lehrtätigkeit zu sein. - Eine grosse Bedeutung hat das Seminar darin, dass es dem jungen Menschen jenen sozialen Rahmen bieten kann, der es ihm erlaubt, sich die einen Lehrer auszeichnenden Verhaltensweisen durch den Prozess der eigenen Persönlichkeitsreifung anzueignen. Soziale Begabung kann im Seminar gefördert werden.

#### - *Frühe Berufsausrichtung*

Durch frühzeitige Ausrichtung auf den Beruf in einer Phase hoher Empfänglichkeit für Bildungseinwirkungen kann das Seminar die Berufsmotivation verstärken. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass ein Seminarist relativ früh erkennt, ob er wirklich den ihm zugesagten Beruf gewählt hat. Ein Berufswechsel ist ohne grossen Zeitverlust noch möglich.

### 5. Die Ausbildungsdauer

#### *Forderung nach sechs Jahren*

Das im Kanton Bern seit den zwanziger Jahren diskutierte fünfte Seminarjahr ist ausser in den Kantonen Bern, Thurgau und Waadt in allen übrigen seminaristischen Ausbildungsformen verwirklicht. Der maturitätsgebundene Weg schliesst eine kürzere Ausbildungszeit von vorneherein aus. Der Bericht «Lehrerbildung von morgen» verlangt nachdrücklich eine Ausbildungszeit von sechs Jahren für die Primarlehrer, die in den ersten sechs Schuljahren zu unterrichten haben. Für diese sechs Ausbildungsjahre hat die Expertenkommission einen umfassenden Detailplan der beruflichen Bildung ausgear-

beitet. Dass mit der Verlängerung der Grundausbildung auf sechs Jahre auch der stark betonten Forderung nach einer verbesserten Allgemeinbildung Rechnung getragen werden kann, liegt auf der Hand. Die sechsjährige Ausbildung ergäbe auch die oft geforderte zeitliche Trennung zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung.

Der Expertenbericht «Lehrerbildung von morgen» sieht allerdings in einer Übergangszeit die Beschränkung auf eine fünfjährige Ausbildung als Möglichkeit vor.

#### *Keine seminaristische Ausbildung von sechs Jahren*

Projektleiter und Arbeitsgruppe anerkennen die Notwendigkeit einer durch die Ausbildungsreform notwendig werdende Verlängerung der Ausbildungszeit auf insgesamt sechs Jahre. Aus den nachfolgenden genannten Gründen erachten sie indessen eine nur seminaristische Ausbildung von sechs Jahren als unzweckmässig:

#### - *Überdehnung*

Die Motivierbarkeit junger Leute für die Erlernung eines Berufes hat eine obere zeitliche Begrenzung. Auch ein starker Praxisbezug in den letzten Ausbildungsjahren bleibt dann weitgehend im Theoretischen, wenn der Beruf nicht in eigener Verantwortung ausgeübt werden kann.

Auch wenn die Arbeitsgruppe für eine Verlängerung der Ausbildung eintritt, so ist doch darauf zu achten, dass der junge Mensch nicht zu lange warten muss, bis er seine berufliche Selbständigkeit erlangt. Dies gilt besonders für Lehrerinnen. Eine wenig strukturierte sechsjährige Seminarbildung wäre somit überdehnt und brächte kaum jene Verbesserungen, die von einer Verlängerung um zwei Jahre erwartet werden dürfen.

#### - *Neue Institution*

Bei einer Verlängerung um zwei Jahre müsste daher eine Aufgliederung in ein vierjähriges Unterseminar und in ein zweijähriges Oberseminar mit hochschulartigem Charakter vorgenommen werden. Es müsste für das Oberseminar mit grossem finanziellem und personellem Aufwand eine neue zentrale Institution geschaffen werden, wodurch die regionalen Seminare nur noch Zuträgerfunktion erhielten.

#### - *Konkurrenz anderer Lehrerkategorien*

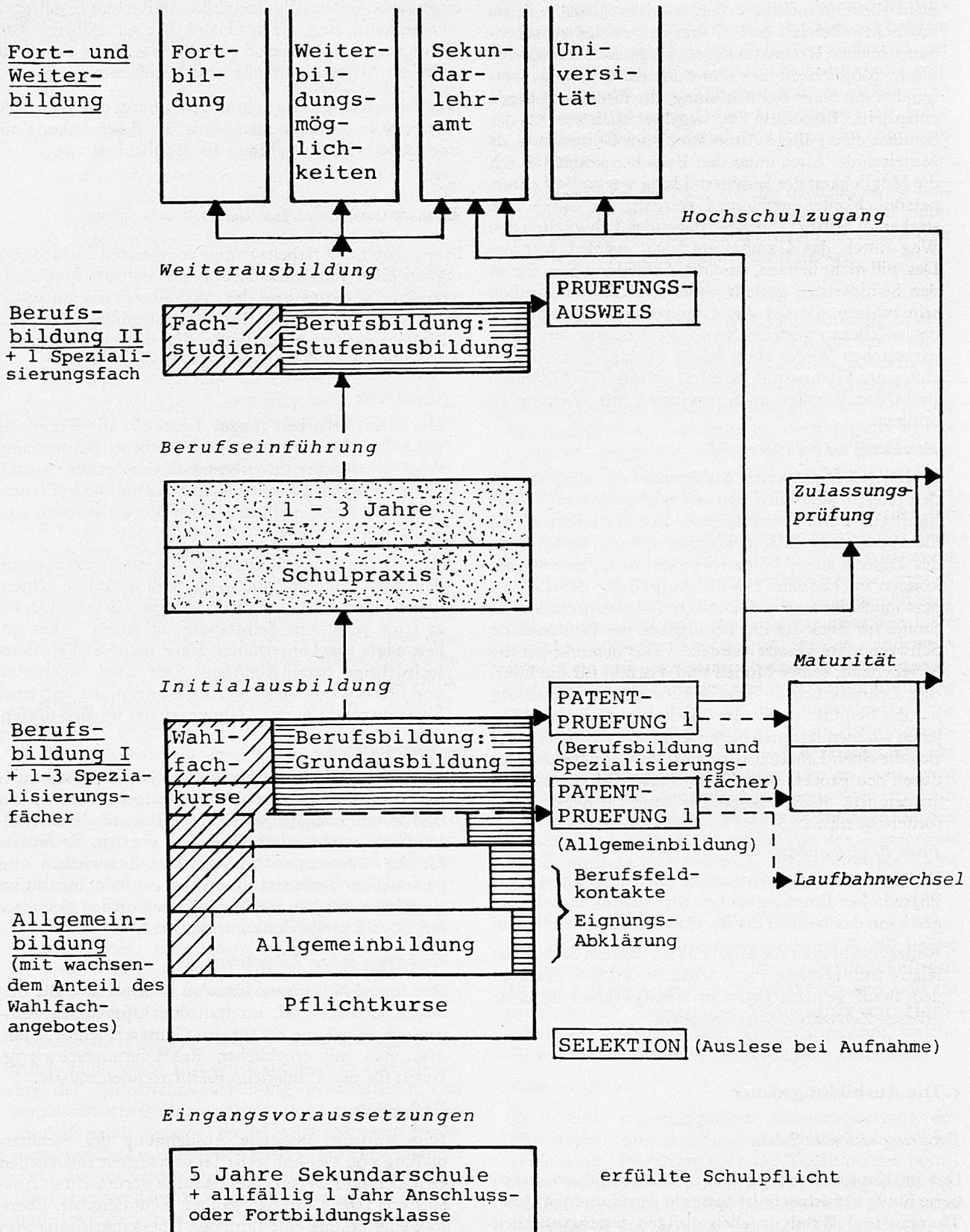
Die Ausbildungsdauer käme so nahe an jene für den Sekundarlehrer und, im französischsprachigen Kantonsteil, so nahe an die für den Gymnasiallehrer heran, dass man mit erheblichen Rekrutierungsschwierigkeiten für den Primarlehrerberuf rechnen müsste.

#### - *Übergangslösung*

Eine sofortige integrale Ausdehnung der Seminarbildung von vier auf sechs Jahre wäre aus finanziellen Gründen und wegen eines dadurch verursachten Ausfalls von zwei Lehrerjahrgängen nicht denkbar. Ebenso wenig könnte eine sinnvolle Übergangslösung von fünf Jahren gefunden werden, da die Aufgliederung in Unter- und in Oberseminar schon jetzt zu erfolgen hätte.

Es muss daher eine dem Kanton Bern gemässe Form der Lehrerbildung gesucht werden, die den verschiedenen Begehren nach Verbesserung und Verlängerung Rechnung trägt.

## 6. Das Modell der rekurrenten seminaristischen Lehrerbildung



Bitte korrigieren! Im oberen der zwei Kästchen muss es heissen: «Patent-Prüfung 2» statt «Patent-Prüfung 1».

## Erläuterungen zum Modell

### *Das rekurrente seminaristische Modell*

Das Modell der rekurrenten seminaristischen Lehrerbildung gibt die Möglichkeit, die wichtigsten Forderungen an die Lehrerbildung in sinnvoller Weise zu verwirklichen: – die für den Lehrerberuf wesentliche Form der rekurrenten Bildung, in welcher die Berufserfahrungen den Anstoss zu weiterer Ausbildung geben; – eine Verbesserung und Verlängerung der Lehrerbildung unter Beachtung der bestehenden Strukturen; – eine grosse Flexibilität in der Richtung einer gleichwertigen Lehrerbildung für die verschiedenen Schultypen; – die Möglichkeit des Hochschulzuganges ohne grossen Zeitverlust; – der Miteinbezug von Maturanden in den ganzen Ausbildungsplan.

Im folgenden ist das Wesentliche im Modell der rekurrenten seminaristischen Lehrerbildung erläutert:

#### – *Eingangsvoraussetzungen*

Die Lehrerbildung baut wie bisher auf der erfüllten allgemeinen Schulpflicht auf. Die Aufnahme von Primarschülern, welche, besonders nach dem Besuch einer Anschlussklasse, die Aufnahmebedingungen erfüllen, ist damit weiterhin möglich.

#### – *Verhältnis Allgemeinbildung/Berufsbildung*

Die fünf Jahre Grundausbildung enthalten die Allgemeinbildung in zeitlich abnehmendem Ausmass im Laufe der Ausbildungsphase und die Berufsbildung in zeitlich zunehmendem Ausmass. Im vorstehenden Modell ist lediglich dieses Prinzip zum Ausdruck gebracht. Über die zeitliche Strukturierung von Allgemein- und Berufsbildung gibt es keine genaue Auskunft; diese wird erst aus der Detailplanung hervorgehen.

Die Allgemeinbildung wird in den Pflichtfächern grösstenteils nach  $3\frac{1}{2}$  Jahren mit einer Prüfung abgeschlossen, in den Wahlfächern am Ende der fünfjährigen Seminarzeit. Mit dem nach  $3\frac{1}{2}$  Jahren erworbenen Ausweis für die bestandene Patentprüfung I ist ein Laufbahnwechsel möglich; zur Erlangung einer Maturität wären noch 1–2 Jahre Vorbereitungsarbeit nötig.

Das nach 5 Seminarjahren erworbene Lehrpatent soll jenen den Zugang zur Universität erleichtern, die sich in den Wahlfächern vertiefte Kenntnisse angeeignet haben. (Weil indessen die Gymnasien die Vorbereitungsarbeit zur Erlangung der Maturität für Seminarabsolventen nicht übernehmen können und die Universität im heutigen Zeitpunkt zur Vorbereitung der Eintrittsprüfung keine Übungen anbietet, müssen bei der Verwirklichung dieses Modells solche Schulungsmöglichkeiten vorgesehen werden.) Das Sekundarlehrerstudium (und über dieses der Zugang zu den anderen Fakultäten ausser Medizin) kann nach 5 Seminarjahren sofort angetreten werden; eine gegenüber den Gymnasiasten um ein Semester verkürzte Ausbildungszeit ist nicht ausgeschlossen.

Die Berufsbildung setzt mit Schulkontakten so früh ein, dass sie zur Abklärung der Berufseignung dient. Das Schwergewicht der Berufsbildung liegt in der Zeit nach der Prüfung in den Pflichtfächern der Allgemeinbildung. Mit dieser Lösung wird einerseits das «klinische Prinzip» beachtet, andererseits aber doch eine Trennung der Schwerpunkte in Allgemeinbildung und Berufsbildung vorgenommen.

#### – *Lehrpatent*

Das Lehrpatent wird nach der fünfjährigen Grundausbildung erworben. Es berechtigt zur definitiven Wahl an Primarklassen bis zum Ende der obligatorischen Schulpflicht, gibt die Möglichkeit zum sofortigen Eintritt ins Sekundarlehramt und ermöglicht nach bestandener Prüfung in den von der Universität verlangten Fächern den Zugang zu den übrigen Fakultäten mit Ausnahme der medizinischen.

#### – *Berufseinführung*

Die ersten ein bis drei Jahre der Berufspraxis dienen der Berufseinführung. Nach wie vor wird die Erkenntnis, dass der Junglehrer am Anfang seiner Praxis einer Betreuung durch erfahrene Fachleute bedarf, als richtig befunden; dadurch wird der junge Lehrer vor dem «Praxischock» bewahrt und entgeht eher der Gefahr, sich schon am Anfang seiner Berufsausübung in eine Erstarrung zu flüchten. Diese Betreuung ist klar von der Schulaufsicht zu trennen, da sie nicht Kontroll-, sondern Hilfs- und Beratungsfunktion hat. Deshalb soll sie mit der zweiten Phase der Berufsbildung, der Weiterbildung, personell und inhaltlich verbunden sein.

#### – *Weiterausbildung*

Die Weiterbildung ist die letzte Phase der rekurrenten seminaristischen Lehrerbildung. Es handelt sich dabei um eine wirkliche Neuerung in der Lehrerbildung; deshalb seien ihre wesentlichen Merkmale im folgenden kurz zusammengefasst:

- Dieses letzte Ausbildungsjahr wird von denjenigen Lehrkräften besucht, die im Schuldienst bleiben oder die nach einem kürzeren oder längeren Unterbruch wieder in den Schuldienst zurückkehren. Für den Staat ergeben sich daraus namhafte finanzielle Einsparungen gegenüber einer zusammenhängenden sechsjährigen Ausbildung, ohne dass dem jungen Lehrer daraus Nachteile erwachsen.
- Die Praxiserfahrung bildet die Hauptmotivation für die Vertiefung, Erweiterung und gedankliche Durchdringung dessen, was in der ersten Phase der Ausbildung stark theoretischen Charakter trug. Die Enttäuschung vieler Junglehrer, «die Praxis ist so ganz anders als das, was wir im Seminar gehört haben», kann jetzt in die Frage umformuliert werden: «Welche Auskunft gibt mir die Erziehungswissenschaft auf Probleme, die ich in der Praxis angetroffen habe?» Dazu kommt, dass der Lehrer erst in der selbstverantworteten Praxis seine Eignung für eine bestimmte Stufe, für bestimmte Fachbereiche oder für Sondergebiete erkennt und nun die Möglichkeit haben muss, sich darin besonders auszubilden.
- Vor allem der Unterricht auf der Oberstufe verlangt heute eine vertiefte Sachkenntnis und Vertrautheit mit den speziellen didaktischen Problemen dieser Stufe, die in der ersten, noch nicht auf nur eine bestimmte Stufe ausgerichteten Ausbildungsphase, nicht berücksichtigt werden konnten. Die stufen-spezifische Ausbildungsphase ist jedoch ebenfalls für die Unter- und die Mittelstufe notwendig. Zudem besteht die Möglichkeit, diese Weiterbildungsphase auf andere Lehrerkategorien (Sekundarlehrer, Sonderklassenlehrer, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen) auszudehnen.

- In die Weiterbildung können (auf freiwilliger Basis) im Schuldienst stehende Lehrkräfte einbezogen werden. Dadurch wird ein von der Lehrerschaft schon lange ausgesprochenes Postulat verwirklicht; zudem erhalten stellenlose Junglehrer die Gelegenheit, als Stellvertreter über längere Zeit ihre ersten Erfahrungen im selbstverantwortlichen Schuldienst zu sammeln.
- Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Lehrer in der Weiterbildung verlangen den Übergang von einem statischen zu einem dynamischen Ausbildungssystem. Dies bedeutet, dass die Ausbildungsinhalte in sogenannten «Bildungspaketen» umschrieben werden. Die Bereitstellung dieser Bildungspakete erfolgt sukzessive; im Endausbau umfassen sie für den Lehrer das Lernangebot für die Dauer eines Jahres. Diese Bildungspakete sind weder personen- noch ortsgebunden; sie können daher immer wieder den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Sie geben auch Spielraum für die individuelle zeitliche Bewältigung.
- Die weitere Planung des Weiterbildungsjahres erst könnte darüber Auskunft geben, ob eine eher dynamische oder eine stärker statische Form gewählt würde. Bei der ersten Planung und Administration in einer zentralen, neu zu schaffenden Institution erfolgen; neue Investitionen für Gebäulichkeiten würden sich weitgehend erübrigen; der Lehrer (verheiratete Lehrerin) könnten zu Hause wohnen; lange Anfahrten könnten vermieden werden. Allerdings müssten sich die Leiter für die Diskussionen und Seminarübungen an die Orte begeben, wo die Auszubildenden regelmässig regional zusammengezogen würden. Bei einer eher statischen Lösung würden die Teilnehmer an der Ausbildung in einer zentralen, neu zu schaffenden Institution zusammengezogen. Dadurch würden die Möglichkeiten für gemeinsame Veranstaltungen erhöht; die Weiterbildung könnte in einem Klima der Gelöstheit und unter Einbezug weiterer Bildungsinstitutionen erfolgen. Die Teilnehmerzahl wäre dadurch allerdings beschränkt.
- Ohne dass eine Akademisierung der Lehrerbildung eintritt, können in der rekurrenten Bildung die Methoden der tertiären Bildungsstufe angewendet und Erkenntnisse, über welche die Hochschule verfügt, den Lehrern im Rahmen des Möglichen zugeleitet werden. Es ist daher notwendig, dass die Hochschule zur Bereitstellung der Bildungspakete in möglichst hohem Masse beigezogen wird.
- Die Weiterbildungsphase schliesst mit einem Prüfungsausweis ab. Am Ende einer schrittweisen Einführung der Weiterbildung ist der Ausweis obligatorisch und in der Weise lohnwirksam, als er zum Aufstieg in höhere Lohnmaxima berechtigt. Schon im Schuldienst stehende Lehrkräfte oder vor der Annahme der neuen Regelung in die Ausbildung eingetretene zukünftige Lehrer würden indessen weder vom Obligatorium der Weiterbildung noch von einer Lohnwirksamkeit der freiwilligen Weiterbildung betroffen.

#### *Einführung des Weiterbildungsjahres*

Für die schrittweise Einführung des Weiterbildungsjahres sind 4 Stufen vorgesehen:

*Stufe 1:* Die Planung und sukzessive Einführung wird zugleich mit der Planung der fünfjährigen Seminarusbildung in Angriff genommen, damit die Einheit der Lehrerbildung von Anfang an gewährleistet ist. Als freiwilliges und nicht lohnwirksames Bildungsangebot dient es zuerst den im Amte befindlichen Lehrkräften aller Stufen.

*Stufe 2:* Frühestens 7-8 Jahre nach Einführung der verlängerten Lehrerbildung bekommt der Prüfungsausweis Lohnwirksamkeit.

*Stufe 3:* Das Weiterbildungsjahr wird obligatorisch für alle Junglehrer, die an der Oberstufe unterrichten wollen. Es ist in der Regel auch die Voraussetzung für die Wahl zum Übungslehrer.

*Stufe 4:* Das Weiterausbildungsjahr wird für Lehrer aller Stufen als die 2. Phase der Lehrerbildung nach einer Berufseinführungsphase von 1-3 Jahren obligatorisch.

Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, dass die Weiterbildung und die Lehrerfortbildung nicht gegeneinander auszuspielende Alternativen sind: Beide haben die ihnen zukommenden Aufgaben zu erfüllen; sie müssen jedoch aufeinander abgestimmt werden. Die Weiterbildung gehört eindeutig zur Lehrerausbildung mit ihren genau umschriebenen Inhalten. In die Fortbildung gehören indessen jene Inhalte, die sich der Lehrer während seiner beruflichen Laufbahn auf Grund veränderter Situationen neu aneignen oder in welche er sich noch stärker einarbeiten muss. - Vom Begriff der «Weiterausbildung» ist auch der Begriff der «Weiterbildung» abzugrenzen: Durch die Weiterbildung wird die Qualifikation für den Unterricht in einer andern Schulstufe erworben.

#### *Absolventen der Gymnasien*

Für die Absolventen eines Gymnasiums, die nach bestandener Maturität in einem zweijährigen Kurs die fehlende musisch/gestalterische und die berufliche Ausbildung erhalten, folgen, nachdem sie das Lehrentat erworben haben, die gleiche Berufseinführungs- und die Weiterbildungsphase wie für die ehemaligen Seminaristen. Für beide Kategorien bestehen nachher die gleichen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten (mit dem Vorteil für die ehemaligen Gymnasialisten, dass sie den Maturitätsausweis besitzen). Bei einer Verlängerung der gymnasialen Ausbildungszeit auf 4 Jahre nach der obligatorischen Schulpflicht könnte die Ausbildungszeit bis zum Erwerb des Primarlehrerpatentes von 2 auf 1½ Jahre verkürzt werden.

### **7. Erwägungen zum rekurrenten seminaristischen Modell der Lehrerbildung**

#### a) *Allgemeine Erwägungen*

##### *- Gesamtdauer der Ausbildung*

Die rekurrente seminaristische Lehrerbildung schiebt den Zeitpunkt, in dem ein Lehrer seine Ausbildung vollendet hat, weit hinaus. Wenn noch die Zeit für den Militärdienst eingerechnet wird, ist dies im Alter von ca. 25 Jahren der Fall; nicht wesentlich länger dauert ein Hochschulstudium. Bei diesem folgt indessen die Berufseinführung oder die Spezialisierung erst nach dem akademischen Abschluss. Im Gegensatz zu den Hochschulabsolventen steht der Lehrer beim Beginn der re-

kurrenten Ausbildung seit mindestens zwei Jahren im Beruf. Zudem bleibt ihm die Stelle auch während des Unterbruches in der Berufstätigkeit gesichert.

– *Nichtbenachteiligung der Landschaft*

Es wurde auch die Vermutung aufgestellt, dass vor einem Obligatorium des Weiterausbildungsjahres die gut ausgebildeten Lehrer vor allem an die begehrten Stellen gewählt würden und dass dadurch die abgelegenen Schulen durch weniger gut ausgebildete Lehrer benachteiligt wären. – Durch die Tatsache jedoch, dass ein Lehrer in der geplanten Form der Weiterausbildung seine Stelle nicht mehr zu kündigen braucht und nach kurzem Unterbruch wieder zurückkehrt, könnte gerade den Landschulen geholfen werden, um so mehr noch, als die Weiterausbildung speziell auf die Probleme an diesen Schulen ausgerichtet werden könnte.

– *Finanzielle Auswirkungen*

Ungeklärt sind die indirekten finanziellen Auswirkungen des Weiterausbildungsjahres; die Fragen der Stellvertretungskosten und deren Ansätze, jene der Weiterführung der Besoldung und der Stipendien müssen durch exakte Untersuchungen abgeklärt werden, wobei die Höhe der Lohnwirksamkeit miteinbezogen werden muss. Der grosse Vorzug der dargestellten Lösung besteht jedoch darin,

- dass keine Gebäudeinvestitionen gemacht werden müssen, weil das 5. Seminarjahr an den bestehenden Seminaren verwirklicht werden kann,
- dass das Weiterausbildungsjahr relativ langsam aufgebaut und dadurch in bezug auf die finanziellen Auswirkungen laufend überprüft werden kann.

Unerlässlich wird es sein, die finanziellen Auswirkungen der eher dynamischen, orts- und personen gebundenen Form der Weiterausbildung, in welcher gleichzeitig eine grosse Zahl von Studenten unterrichtet werden kann, mit denjenigen einer orts- und institutionsgebundenen Form zu vergleichen.

– *Organisation der rekurrenten Bildung*

Als Hindernis für die Einführung des Weiterausbildungsjahres wird geltend gemacht, dass es für die darüber entscheidenden Instanzen viel weniger gut überschaubar ist als z. B. eine örtlich und zeitlich straff organisierte Seminarbildung. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die regionalisierte Form gewählt wird, die mit der englischen «offenen Universität» vergleichbar ist. Unabdingbare Voraussetzung für ein gutes Gelingen dieser in die Zukunft weisenden Form der Bildung ist indessen gerade eine straffe Organisation.

b) *Situation im französischsprachigen Kantonsteil*

– *Französischsprachiger Kantonsteil*

Im französischsprachigen Kantonsteil ergibt sich nach der Trennung der drei nördlichen Bezirke die folgende Situation:

- Der Kantonsteil bildet eine einzige Region mit einem Gymnasium und einem Lehrerseminar, das nicht geschlechtergetrennt ist. Das Prinzip

der Regionalisierung der Lehrerbildungsstätten ist daher für den französischsprachigen Kantonsteil unerheblich.

- Wenn im alten Kantonsteil, nicht zuletzt wegen der dezentralisierten Lehrerbildung, der gymnasiale Weg und die damit zusammenhängende Errichtung einer Institution für die berufliche Ausbildung fallengelassen werden muss, würden sich im französischsprachigen Kantonsteil heute die beiden Formen der Lehrerbildung, so wie sie im Bericht «Lehrerbildung von morgen» dargestellt sind, verwirklichen lassen, nämlich:

- a) Die ungebrochene Verlängerung der Seminarbildung auf 5 Jahre mit der etappenweisen Einführung eines Weiterbildungsjahres.
- b) Die Verlängerung der heutigen Struktur der Lehrerbildung in der Richtung des gymnasialen Weges durch die Erlangung einer eidgenössisch anerkannten Maturität nach drei Jahren (evtl. Schaffung eines neuen, soziopädagogischen Maturitätstypus), und anschliessend zwei Jahre berufliche Ausbildung in einem dafür zu schaffenden Institut. Dies gäbe die Gelegenheit, die berufliche Ausbildung der Primarlehrer mit derjenigen für die Sekundarlehrer des französischsprachigen Kantonsteils zu verbinden, wobei in der Primarlehrerausbildung zur theoretischen und praktischen beruflichen Bildung eine vertiefte wissenschaftliche Ausbildung (Wahlfächer) treten könnte.

Diese beiden Möglichkeiten wurden für die Diskussionen in der Arbeitsgruppe skizziert und sind diesem Bericht beigelegt.

Angesichts der schulpolitischen Schwierigkeiten, welche ein Verzicht auf die Seminarbildung hervorrufen könnte (Abänderung des Lehrerbildungsgesetzes, Neuordnung der Sekundarlehrerbildung, unterschiedliche Lehrerbildung in den beiden Kantonsteilen), gab die Arbeitsgruppe der Lösung den Vorzug, welche eine Verlängerung der seminaristischen Ausbildung auf 5 Jahre vorsieht. Sie glaubt indessen, dass die Studien zu einer teilweisen Verbindung der theoretischen und praktischen Berufsbildung der Primar- und Sekundarlehrer weitergeführt werden sollten, vor allem auch im Hinblick auf die künftige Reorganisation der beruflichen Ausbildung für die Sekundarlehrer des französischsprachigen Kantonsteils.

- Die berufliche Ausbildung der französischsprachigen Sekundarlehrer hat nach Abschluss der wissenschaftlichen Ausbildung an der Universität Bern im französischsprachigen Kantonsteil zu erfolgen. Bei der maturitätsgebundenen Lehrerbildung auch für Primarlehrer hätten wenigstens Teile der beruflichen Ausbildung für die beiden Lehrerkategorien gemeinsam erfolgen können. Bei der geringen Anzahl sowohl der Primar- als auch der Sekundarlehrer erscheint eine gewisse Kombination der beruflichen Ausbildung als zweckmässig.
- Im französischsprachigen Kantonsteil bestehen, vor allem für männliche Lehrkräfte, erhebliche Rekrutierungsschwierigkeiten. Die Konkurrenz

des Gymnasiums lastet, vor allem in der Übergangszeit der dreijährigen Gymnasialbildung, schwer auf den Rekrutierungsmöglichkeiten des Seminars. Die Verlängerung der Seminarbildung auf 5 Jahre und die Einführung des Maturitätstypus D können die Schwierigkeiten noch vergrössern. Es muss deshalb betont werden, dass eine Verlängerung der Seminarbildung auf 5 Jahre in den Jahren 1977 oder 1978 ohne eine Verlängerung der gymnasialen Bildung auf 4 Jahre im Jahre 1982 über kurz oder lang das Ende des Seminars als Lehrerbildungsstätte für den französischsprachigen Kantonsteil bedeuten würde. Sollte deshalb die gymnasiale Bildung nicht auf 4 Jahre verlängert werden, so müsste, entgegen dem hier gefällten Entscheid, im französischsprachigen Kantonsteil der gymnasiale Weg für die Lehrerbildung gewählt werden.

- Die Verlängerung der Ausbildung auf insgesamt 6 Jahre für Primarlehrer ergibt (beim Erwerb des Maturitätszeugnisses nach 12 Schuljahren) im französischsprachigen Kantonsteil nur noch geringe Differenzen zur Ausbildungszeit für Sekundar- und Gymnasiallehrer, sofern das Ziel über die Maturität erreicht wird: 6 ½ Jahre für Sekundarlehrer, 7 Jahre für Gymnasiallehrer. (Im deutschsprachigen Kantonsteil muss für einen Gymnasiallehrer nach wie vor mit einer Gesamtausbildungsdauer von ca. 10 Jahren gerechnet werden.)

## 8. Schlussfolgerungen

Auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen, der durch die Projektleiter ausgearbeiteten Vorschläge und der darauf basierenden Diskussionen gelangt die Arbeitsgruppe zu den nachfolgend genannten Schlussfolgerungen:

- a) Die Lehrerbildung im Kanton Bern ist sowohl in ihrem allgemeinbildenden als auch in ihrem berufsbildenden Teil zu verbessern.
- b) Eine qualitative Verbesserung in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer bedingt eine Verlängerung der Ausbildungsdauer.
- c) Die Allgemeinbildung ist in der Weise zu verbessern, dass geeigneten Anwärtern der Zugang zu weiterführenden Schulen gewährleistet wird; die Berufsbildung ist im Sinne des Berichtes «Lehrerbildung von morgen» zu professionalisieren.
- d) Um den beiden Zielen – Verbesserung der Allgemeinbildung und Professionalisierung – zugleich und vollumfänglich gerecht zu werden, genügt ein 5. Ausbildungsjahr allein nicht.
- e) Eine zeitlich zusammenhängende Verlängerung der Grundausbildung von 4 auf 6 Jahre ist im Kanton Bern heute auszuschliessen.

- f) Die Verlängerung um ein Jahr ermöglicht keine Abtrennung derjenigen Phase, in welcher der Schwerpunkt bei der beruflichen Ausbildung liegt, in einem besonderen Berufsbildungsinstitut, vielmehr muss das 5. Jahr in die seminaristische Lehrerbildung einbezogen werden.
- g) Die Verlängerung der Seminarbildung bedarf der Ergänzung durch eine rekurrente Bildung im Umfange von gesamthaft einem der Weiterausbildung dienenden Jahr.
- h) Die Planung der über die 5jährige Ausbildung hinausgehenden Weiterausbildung ist sofort an die Hand zu nehmen.
- i) Neben der Ausbildung der Primarlehrer an den Seminaren ist für Maturitätseinhaber ein Bildungsweg zu institutionalisieren, der als Ergänzungsstudiengang zum Primarlehrerberuf führt. Dabei sollen bei der Aufnahme in die speziellen Kurse an den deutschsprachigen Seminaren nur die heute anerkannten Maturitätstypen berücksichtigt werden.
- k) Die Zielvorstellung, wonach an die Grundausbildung eine Phase der betreuten Praxis anschliesst, wird mehrheitlich als richtig befunden.

## 9. Anträge

Aus den vorstehenden Schlussfolgerungen ergeben sich für die Arbeitsgruppe die nachfolgend genannten Anträge an die Erziehungsdirektion. Sie beantragt:

- a) Es sei das Modell der rekurrenten seminaristischen Lehrerbildung als Zielvorstellung zusammen mit den Berichten der Projektleiter in eine breite Vernehmlassung zu geben.
- b) Es sei für den deutsch- und für den französischsprachigen Kantonsteil unverzüglich je eine Arbeitsgruppe zu bilden, die unter Beizug von Experten die Planung der fünfjährigen Seminarbildung an die Hand zu nehmen und insbesondere die Bildungsinhalte zu definieren sowie die Stundentafeln auszuarbeiten hätten.
- c) Durch geeignete Fachleute sei die Planung des rekurrenten Weiterausbildungsjahres sofort voranzutreiben. Diese soll unter Beachtung der verschiedenen Verhältnisse in den beiden Kantonsteilen unter anderem Auskunft geben über die Organisation, die zeitliche Einführung und die finanziellen Auswirkungen dieser Ausbildungsphase.
- d) Es sei für den französischsprachigen Kantonsteil ein Ausschuss zu ernennen, welcher, im Rahmen der Reorganisation der beruflichen Ausbildung der Sekundarlehrer, gemeinsame Ausbildungsmöglichkeiten für die Primar- und die Sekundarlehrer zu studieren hätte.

Ein «Problemkatalog» BLV für die Diskussion an den Sektionsversammlungen im September erscheint im nächsten Berner Schulblatt.

*Sekretariat BLV*

Bern, 10. Juni 1976

An die Sektionspräsidenten BLV  
sowie an die angeschlossenen Verbände

## Revision der Primarlehrerausbildung im Kanton Bern; Vernehmlassung der ED

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Nachdem wir heute von der ED endgültige Zusicherungen betreffend den Beginn der Vernehmlassung erhalten haben, können wir Ihnen folgendes mitteilen:

Die Arbeitsgruppe der ED, in der die Lehrerschaft durch vier Mitglieder vertreten war, hat ihren Schlussbericht Ende März 1976 abgeliefert; die ED wird ihn demnächst in die Vernehmlassung geben. Wir sollen den Text rechtzeitig erhalten, um ihn am 25. Juni im Berner Schulblatt zu veröffentlichen.

**Der Kantonalvorstand legt grossen Wert darauf, dass der ganze Fragenkomplex in den Sektionen entsprechend seiner Bedeutung diskutiert wird.** Zu diesem Zweck legen wir folgendes Vorgehen fest, das sich aus dem Zeitplan zwangsläufig ergibt:

- a) Eine Arbeitsgruppe BLV hat bereits begonnen, einen *Problemkatalog* aufzustellen, der den Sektionen als Diskussionsgrundlage dienen kann; er wird am 25. Juni ebenfalls im Schulblatt erscheinen. (Der Katalog kann erst am 1. Juli erscheinen. ZS)
- b) Der Leitende Ausschuss *bittet* die Sektionsvorstände, einige *Sektionsmitglieder* zu bezeichnen, die den Vorschlag der ED gründlich studieren und an der Sektionsversammlung erläutern werden; es dürfte vorteilhaft sein, hiezu Abgeordnete beizuziehen, da die Abgeordnetenversammlung am 10. November 1976 wird Stellung nehmen müssen.
- c) Am 18. August 1976 wird eine *gemeinsame Tagung dieser «Sektionsspezialisten»* (und weiterer Interessenten) veranstaltet, an der Dr. H. Stricker, einige Mitglieder der Arbeitsgruppe ED und eventuell die Projektleiter, Dr. Wyss und Dr. Merazzi, eine kurze Einführung geben und auf kritische Fragen und Einwände der Teilnehmer antworten werden.  
Zeit: 14.15 Uhr, Ort: Oberseminar Bern.
- d) Die Vorstände der angeschlossenen *Verbände* und die *Primarlehrerkommission* haben Gelegenheit, eine *Stellungnahme* zum ganzen Bericht oder zu einzelnen besonders interessierenden Fragen in einer zweiten *Sondernummer des Berner Schulblattes* (vom 27. August) bekanntzugeben; die Manuskripte müssten am 16. August druckreif beim Redaktor, Hans Adam, Postfach, 3018 Bern, vorliegen.
- e) Um den Sektionen die Stellungnahme zu erleichtern, wird der Problemkatalog so formuliert, dass *aussagekräftige Abstimmungen* zu bestimmten Fragen möglich sind. Die Sektionen sind frei, zudem *selber andere Fragen* aufzuwerfen oder zu einzelnen Teilfragen *Überlegungen und Einwände* frei zu formulieren.

**Unser Ziel ist, der Erziehungsdirektion eine möglichst klare Willenskundgebung der Lehrerschaft einzureichen.**

Wir nehmen an, das Studium des LEMO-Berichtes, das demnächst abgeschlossen wird, habe Ihnen allen als nützliche Vorbereitung auf die Diskussion der Berner Lösung gedient, und hoffen, angesichts der nach Abzug der Sommer- und Herbstferien knappen verfügbaren Zeit, soweit an uns, das bestmögliche Verfahren gewählt zu haben.

Wir danken Ihnen im voraus herzlich für die Mühe, die Sie sich geben werden, um dieser so wichtigen Vernehmlassung das nötige Gewicht zu verleihen.

Mit kollegialen Grüssen

Für den Leitenden Ausschuss BLV

Der Präsident: *M. Bürki*

Der Zentralsekretär: *M. Rychner*

## Zeitplan für die Vernehmlassung im Bernischen Lehrerverein über die Anträge der Erziehungs- Direktion zur Revision der Lehrerbildung

Freitag, 25. Juni

Berner Schulblatt: Text der Arbeitsgruppe ED mit Vorwort der ED und Problemkatalog BLV.

Montag, 16. August

Mit der Morgenpost treffen die letzten Stellungnahmen der Verbände in *druckreifem Manuskript* bei Redaktor Hans Adam, Postfach, 3018 Bern ein, zur Veröffentlichung im Schulblatt vom 27. August.

Mittwoch, 18. August

Orientierungsnachmittag für Abordnungen der deutschsprachigen Sektionen (Präsidenten, mit dem Detailstudium der Vorlage beauftragte Spezialisten, Abgeordnete, KV-Mitglieder, Pädagogische Kommission, Lehrergrossräte usw.). Mitglieder der Arbeitsgruppe ED und evtl. die Projektleiter Dr. Wyss und Dr. Merazzi beleuchten gewisse Seiten der Vorlage und antworten auf kritische Fragen und Einwände der Teilnehmer. Hinweise des KV für die Sektionsversammlungen (soweit nicht bereits schriftlich mitgeteilt).

Ort: Seminar Muesmattstrasse, Bern; Zeit: 14.15 Uhr.

Donnerstag, 19 August

Ähnliche Orientierung der französischsprachigen Sektionen in Moutier, Aula de l'école primaire, rue du Clos. Beginn: 16.30 Uhr.

Freitag, 27. August

Zweite Sondernummer des Berner Schulblattes mit den Stellungnahmen der Verbände und der Primarlehrerkommission zu der Vorlage ED.

September (Oktober?)  
Sektionsversammlungen.

Donnerstag, 14. Oktober

Eintreffen der letzten Stellungnahmen der Sektionen im Zentralsekretariat: Abschluss der internen Vernehmlassung.

Freitag, 15. Oktober

Beginn der Auswertung durch die Arbeitsgruppe.

Mittwoch, 20. Oktober, mittags

Abschluss der Auswertung durch die Arbeitsgruppe.

Donnerstag, 21. Oktober

Versand der Auswertung an den Kantonalvorstand.

Mittwoch 27. Oktober

Behandlung im Kantonalvorstand.

Donnerstag, 28. Oktober

Versand der Unterlagen an die Abgeordneten usw.

Mittwoch, 10. November

Ausserordentliche Abgeordnetenversammlung BLV (nachmittags).

Freitag, 12. November

Endgültige Redaktion der Stellungnahme des BLV zu Händen der ED durch den Leitenden Ausschuss.

Montag, 15. November

Einreichen der Stellungnahme bei der Erziehungsdirektion.

Bern, den 8. Juni 1976

Für den Leitenden Ausschuss BLV  
Der Präsident: *M. Bürki*  
Der Zentralsekretär: *M. Rychner*

### **Aus einem Brief des Erziehungsdirektors an den Leitenden Ausschuss, vom 15. Juni:**

In Anbetracht der Wichtigkeit der Sachfrage ermächtigen wir die Leitung des Bernischen Lehrervereins – im Sinne einer einmaligen Ausnahme – bei der Einladung der Sektionsvertreter zur zentralen Vorbereitungstagung und bei der Aufforderung an die Sektionen, Sektionsversammlungen einzuberufen, mitzuteilen, dass für die Teilnahme an der Vorbereitungstagung sowie an der vereinsoffiziell dem Thema «Verbesserung und Verlängerung der Primarlehrerausbildung» gewidmeten Sektionsversammlung ausfallende Unterrichtszeit von insgesamt höchstens einem halben Tag nicht nachholpflichtig ist.

Die entsprechenden Lehrer haben ihre Schulleiter sowie die Schulkommission rechtzeitig über den ausfallenden Unterricht zu orientieren. Für Nichtteilnehmer an den genannten Sektionsversammlungen ist der Unterricht gemäss Stundenplan zu erteilen.

Indem wir hoffen, durch unsere Bewilligung eine umfassende Stellungnahme zu den Vorschlägen für die Verbesserung und Verlängerung der Primarlehrerausbildung von Seiten des Bernischen Lehrervereins ermöglichen zu helfen, grüssen wir Sie

mit vorzüglicher Hochachtung.

Der Erziehungsdirektor: *Kohler*

---

### **Bemerkung des Sekretariats BLV**

Der Text von Seite 299–310 wurde von der ED als Broschüre an einige hundert Personen versandt. Der Vorstand legt Wert darauf, ihn allen unsern Mitgliedern zugänglich zu machen. *M. R.*